

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresden: Druckerei: Riesner Verlag.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkommandos Reichs, sowie des Gemeinderates Gröbha.

Postfachkonto: Dresden 1339
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 196.

Donnerstag, 23. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 16. bis 31. August 450000.— (Macht einsechzigtausend). Für den Fall des Einrückens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzelpreis für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 100000.— M.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag. Beste Karte. Demüßiger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verfertiger der Beilagen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Wilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Herr Fritz Otto beabsichtigt in dem Grundstück Gröbha, Streblauer Straße Nr. 9 aus Groß- und Kleinviehstallanlage neu einzurichten. Gemäß § 16, 17 der Gewerbeordnung wird dies mit dem Bemerkten bekanntgegeben, daß Einwendungen gegen das Vorhaben, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtstiteln beruhen, bei der unter-

zeichneten Besörde binnen 14 Tagen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet erhoben werden können.
Großenhain, am 21. August 1923. 3328 C. Amtshauptmannschaft.

Derthliches und Sächsisches.

Riesa, den 23. August 1923.

— Kirchenkonzert aus Anlaß der Stadt-ochtsfeier. Jeder Inhaber eines Festzeichens hat freien Zutritt zu dem am Sonntag, den 26. dieses Monats, vorm. 11 Uhr in der Trinitatiskirche stattfindenden Konzert. Die Ausführenden sind: Johanna Fischer, Sopran; Hans Meyer, Bariton; Waldheim Tenor; Horst Krause, Riesa (Sopran); Kirchenmusikdirektor Theodor Fischer (Orgel); Männergesangsverein „Ampion“; Beamten- gesangsverein der Linke-Dolmann-Vauchhammer-Werke; Chorverein Riesa, Doppelmarkert; Schubert- und Schüler- und Schülerinnen des Oberrealschulchores und die durch Mitglieder des Philharmonischen Orchesters Dresden auf 40 Künstler verstärkte Dittschkapelle der Linke-Dolmann-Vauchhammer-Werke. Der Chor umfaßt ca. 350 Sängern und Sänger. Die Leitung hat Oberrealschuloberlehrer Swan Schönbaum. Im ersten Teile des Konzertes wird die seit Jahrzehnten verschollen gewesene, in Riesa im Jahre 1819 zuerst wieder aufgeführte „Messe in G-dur“ für Soli, Chor, Orchester und Orgel von C. M. von Weber aufgeführt. Am zweiten Teil steht an erster Stelle das „Gebet“ für Männerchor und Orchester von Max Mehring, dem Dirigenten der hiesigen Dittschkapelle, ein gegen den Schlaf sich mächtig steigendes, prächtiges Werk, und an zweiter Stelle die für das Riesner Stadtjubiläum komponierte Cantate „Der Hüter der Stadt“ für Soli, Chöre, großes Orchester und Orgel von Swan Schönbaum. Das letztere, aus sechs Nummern bestehende Werk wird von einem Männer- und einem Kinderchor eingeleitet. Ein gemischter Chor bringt hierauf im 1. Akt einen Choralmäßigen Satz, dem sich ein Duett für Sopran und Bariton anschließt. Der modern harmonisierte Choral „Wer nur den lieben Gott läßt walten“ leitet über zu einer Fuge, die nach der Einführung 3 stimmig schließt. Aus der Fuge ertönt, von 8 Kinderstimmen getragen, ein vierstimmiger Choral, dem sich ein kurzes achttimmiges Finale mit Amen anfügt.

— Das Dreimäderlhaus. Einen recht guten Erfolg erzielte das „Moderne Theater“ — Dir. Arthur Vorke — mit der Aufführung der dreifaktigen Operette „Das Dreimäderlhaus“. Der Hofoperische Theaterrival war im wahren Sinne des Wortes ausverkauft. Der harte Verkauf, der den Darstellern gependelt wurde, kann wohl als bester Beweis gelten für die volle Befriedigung, mit der man die gependelten Gaben entgegennahm.

— Ruhestandsbesätze. Die in Wartegeld und im Ruhestande befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Gehilfen (diese, soweit sie im Staatsdienste angeheilt waren) und Lehrer, sowie deren Hinterbliebene erhalten anlässlich der Rückbewilligung von Ausgleichsschlägen auf die erste Augusthälfte in Höhe des vierfachen Betrages der am 15. August an die aktiven Beamten gezahlten Bezüge (berechnet nach 1760—574:2 gleich 593 mal 4 = 2372 v. D. Ausgleichsschlag), sowie anlässlich der Erhöhung des Ausgleichsschlages von 1760 v. D. auf 1830 v. D. und der damit verbundenen sonstigen Erhöhungen der Bezüge für die Zeit vom 17. bis 31. August 1923 weitere Ausgleichszahlungen angewiesen. Mit dieser Ausgleichszahlung werden zur Vereinfachung der Zahlungen gleichzeitig weitere Abschläge für die Versorgungsgebühren auf den vollen Monat September, berechnet nach einem Ausgleichsschlag von 1830 v. D., mit angewiesen werden. Die Ausgleichszahlung wird das 150fache der Mitte Juli 1923 anfänglich der Erhöhung des Ausgleichsschlages von 87 auf 237 v. D. geleisteten Zahlung betragen. Die Beträge werden bis zum 31. Aug. 1923 zur Zahlung angewiesen.

— Lokal-Erfindungsschau vom Patentbüro Krüger, Dresden-A. Max Wichna, Riesa: Ohne Anwärter zu besterender Knopf. (Gm.) — Ostar Schurig, Großenhain: Gardinerhannflammer. (Gm.) — Hugo Wiese, Döbha: Verkleidung für die Leuchtmaschine gewichtsloser elektrischer Zuglampen und elektrische Zuglampen. (Zwei Gebrauchsmuster). Marita Förster, Gohmsh b. Großenhain: Schlüssel für Kosterlinge. (Gm.)

— Der deutsche Gegenwart des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Ausland-Palestina, Telegramm- und Fernsprecherverkehr ist mit Wirkung vom 20. August an auf 700000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen, sowie auf Kästen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenämter.

— Die 5. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 5., 12., 15., 17., 19., 20., 22. und 24. September 1923 gezogen. Die Erneuerung der Lose hat noch vor Ablauf des 27. August zu erfolgen.

— Notgeld der Reichsbahn. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Zu der bereits veröffentlichten Nachricht über die Ausgabe von Notgeldscheinen des Reichsoberfinanzministeriums wird noch ergänzend mitgeteilt, daß außer den Reichsbanknoten auch die Vorkaufskarten zur Annahme dieses Geldes angewiesen sind. Es darf erwartet werden, daß die Notgeldscheine auch im Privatverkehr wie gesetzliche Zahlungsmittel behandelt und überall, besonders von der Geschäftswelt, angenommen werden.

— Erhöhung der Abzüge bei der Einkommensteuer. Der Gemeinderat des Reichsausschusses

hat die Erhöhung der sozialen Abzüge bei der Einkommensteuer auf das 15fache des bisherigen Betrages beschlossen. — Die Grubenarbeiten beendigt. Aus Halle wird gemeldet: Mit dem heutigen Tage kann der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau im wesentlichen als beendet angesehen werden. — Im Niederlausitzer Weiler haben die Gruben aus dem Kreis Liebenwerda gestern die Arbeit wieder aufgenommen und die übrigen Gruben werden dies im Laufe des Tages tun. In den Revieren Borna und Meuselwitz ist die Arbeit auf Grund von Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ebenfalls wieder aufgenommen worden. Abgesehen von Streikmaßnahmen, die allenthalben zu beobachten war, trat eine Besserung der Ernährungslage wesentlich zur Beruhigung der Arbeiterheit bei.

— Der Andrang zu den diesjährigen Sonderzügen zu der Leipziger Messe ist naturgemäß besonders groß, da für die Fahrpreisberechnung noch der Tarif vom 1. August in Frage kommt und die Fahrt somit nur etwa den 12. Teil des normalen Preises kostet. Vergleichsweise sei darauf hingewiesen, daß unter diesen Umständen eine einfache Straßenzugfahrt in deutschen Großstädten mehr kostet als eine Nachtzugs-3. Klasse Schnellzug von Frankfurt nach Leipzig.

Die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches und der Reichskanzler Stresemann

„An alle Schichten des Volkes richten wir die Aufforderung, diese deutsche Goldanleihe aufs fruchtigste zu unterstützen. Sie soll und wird ein Mittel sein, um die Geldinflation zurückzuführen, die Verhältnisse geschehen hat, unter denen viele Volksschichten in Deutschland kaum noch über die notwendigen Subsistenzmittel verfügen. Wir richten den dringenden Appell an alle Parteien, an dieser für unser Volk so entscheidend gewordenen Frage mitzuwirken. In dieser Frage gibt es keine Parteimeinungen, in dieser Frage ist die positive Mitarbeit jedes, der die Verhältnisse zu bessern vermag, vaterländische Pflichterfüllung, die wir dankbar begrüßen.“ (Rede in der Sitzung des Reichstags am 14. Aug. 1923.)

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bestellt werden. Zeichnungspreis 100% bei Einschaltung von Dividen und Dollarschuldenerleistungen 95%. Das kleinste Stück lautet auf den Nennwert von 1 Dollar.

— Nahrungsmittelzufuhr für die Leipziger Messe. Die kürzlich veröffentlichte Festimmung über Standgerichte zur Messe könnte in den Kreisen der Produzenten Beunruhigung hervorrufen und dazu führen, daß der Leipziger Markt in Reichweite nicht genügend besichert wird. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein solcher Grund zur Beunruhigung nicht vorliegt. Selbstverständlich werden nur wirklich elastische Fälle zur Befragung gebracht werden. Es liegt außerordentlich im volkswirtschaftlichen Interesse, daß die Nahrungsmittelzufuhr nach Leipzig gerade während der Messenzeit nicht von hinten geht. Die Produzenten werden daher, solange sie sich innerhalb der gesetzmäßigen Grenzen halten, hier guten Absatz zu günstigen Preisen finden, ohne Gefahr zu laufen, mit Polizei oder Gericht in Konflikt zu kommen. — Aus Anlaß der Leipziger Messe findet am Donnerstag abend in Leipzig eine große Kundgebung gegen den Wirtschaftskrieg an Rhein, Ruhr und Saar statt, zu der die Leipziger westdeutschen Vereine und Verbände gemeinsam mit dem Leipziger Messamt einladen.

— Der 4. deutsche Diakonientag hat soeben in der Sächsischen Brüderanstalt zu Trebnitz (Bez. Rassel) stattgefunden. Aus ganz Deutschland waren Vertreter der Diakonien-Anstalten und Bruderschaften erschienen. Auch das sächsische Brüderhaus Worbisburg war durch den 2. Amtsdirektor, Harzer Raummann, und seinem Bruderleiber vertreten. Die Verhandlungen galten vornehmlich der gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie. Harzer Raummann, Worbisburg, hielt den Vortrag über die Entwicklung der männlichen Diakonie, während der Vorsitzende des deutschen Diakonienverbandes, H. D. theol. Rinde vom Ewangel. Johannes-

Stift in Ebandau über die gegenwärtige Lage sprach. Der Diakonientag erklärte sich bereit, an der Ausführung des Reichsjugendwohlfahrtsplanes mitzuwirken, wo sich ihm ein neues Arbeitsfeld bietet. An die Landbesten, ihre Familien und Verbände wurde eine bedeutsame Entschuldigungsgründe gerichtet.

— Der evangel.-luth. Landesverband für die weibliche Jugend in Sachsen veranstaltet vom 1.—3. September seinen 3. Verbandstages in Döbha. Der Ernst der Zeit entlohnt sich die Tagung nicht als fest begangen werden, sondern eine Arbeitstagung der weiblichen Jugend sein, die sich zur evang. Jugendbewegung zusammengeschlossen hat. Zum Festgottesdienst des Tages hat Herr Geheimrat Lemmel Dresden die Predigt gehalten. Die Radmittagsveranstaltung wird praktischer Natur sein. Jugendbewegung wird sein unter der Leitung: „Unsere Heiligung, unsere Gemeinschaft, unser Dienst am Volk“. Der Hauptvortrag, der am Sonntag abend mit einem grandiosen Vortrag eröffnet werden soll, geht am Sonntag nachmittag eine Arbeitstagung über: „Studienmittelpunkte“. Am Montag findet im Anschluß die Konferenz aller Kreisverbandsvorstände und des Verbandsvorstandes statt.

— Eine neue Jugendherberge. Eine neue Jugendherberge konnte in der Landeshauptstadt Chemnitz bei Ebnau eröffnet werden. Es sind vier große Räume mit etwa 40 Betten für Herbergszwecke zur Verfügung gestellt worden. Auch Kochgelegenheit ist vorhanden. Die neue Herberge stellt eine vorzügliche Unterkunft für Jugendwanderer dar.

— Büchertag in Leipzig. Der Bau des Festmalls für den Weltkongress gehaltenen 2700 Schwestern, Oberlehrer und Lehrer zu Leipzig, veranstaltet die Deutsche Jugend des Landesverbandes Chemnitz. Die Buchertage am 13. und 14. Oktober einen Büchertag. Mit dem Büchertage sind die Bucherwerbungen des Landesverbandes und deren Bucherwerbungen und Bucherwerbungen. Am 13. Oktober abends 7/8 Uhr im Saal des Deutschen Büchertages, Konzert von der Reichsbankstelle, Leipzig und West. Am 14. Oktober abends 7/8 Uhr im Saal des Deutschen Büchertages, Konzert von der Reichsbankstelle, Leipzig und West.

— Solles Gewicht geben! Im Kleinhandel ist in letzter Zeit häufig die Unruhe beobachtet worden, daß die Verkäufer als Gewicht nur 120 Gramm an 110 Gramm legen, wenn sie für 1/2 D. Ware verkaufen. Die Gewerbestellen sind bereits eruchtet worden, gegen diese Unruhe im Kleinhandel vorzugehen. Wirksam kann gegen diese Unruhe nur angegangen werden, wenn das Publikum sich gegen diese Verhältnisse selbst wendet und an die Volkshörbe, erachtet. Die Volkshörbe wird jeder einzelnen Anzeige nachgehen.

— Einfuhr argentinischer Schalen. Durch eine Dresdner Fischhandlung wird Mittwoch und Donnerstag in Dresden Schalenfische zum erstenmal ein Transport von 70 argentinischen, 13—15 Zentimeter schweren Schalen eingeführt und gewaschen.

— Galgenhumor oder bittere Wahrheit? In einem Büttnerbergischen Blatte erschien diese folgende Interat: „Zum gemeinschaftlichen Genuß von 1 Pfund Fleisch wöchentlich werden einige Teilnehmer mit mehreren Millionen Mark Einlage behufs Gründung einer G. m. b. H. gesucht. Offerten unter „Dunger“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.“

— Mercedes. Diebstahl. In der Nacht zum 22. August ist aus dem Hausgrundstück Nr. 314, hier, mittels Einsteigens 1 Mercedes, schwarzer Mahlenbau, Marke unbekannt, Nr. 136581, Glöde Franz und Emil Müller Mercedes gestohlen, gekohlen worden. — Ferner wurden hier in derselben Nacht aus dem Hausgrundstück Nr. 39 ebenfalls durch Einsteigens 1 Paar neue schwarze Herrenschuhstücke, 1 Paar neue braune Sandalen, 1 Paar braune Damenhalbschuhe, 1 Paar schwarze Damenhalbschuhe, 1 Paar schwarze Lederpantoffeln, 3 weiße Handtücher, 1 Paar schwarze, 2 weiße und blaue gefärbte Wäsche, 1 A. gestohlen. 1 grauer Rucksack, 15 Kilogramm Zucker, außerdem Bohnenkaffee, Kakao, Eier und verschiedene andere Waren, sowie 53000 Mark Bargeld in Papier und an einem Kinde befestigte etwa 10 Schlüssel gestohlen. Für Ermittlung der Täter und Wiedererlangung der Sachen wird hohe Belohnung zugesichert. Sachdienliche Wahrnehmungen erbitte der Gendarmerie-Station in Gröbha.

— Roffen. Zwei anscheinend angeheirte junge Burschen wälzten ein mit Verblende gefülltes Fah von der Lade rampe einer Weibgerberei fort und ließen es die Weibger Straße abwärts rollen. Hierbei löste sich der Fahfund, so daß der Inhalt des Fahes im Werte von circa 10 Millionen Mark auf die Straße hob.

— Vira. Ein rechter Schwindler ist ein 12-jähriger Schulfreie, der auf dem hiesigen Bahnhof angehalten wurde und sich angeblich verirrt hatte. Auf der Polizeiwache gab er den Beamten gegenüber an, aus Offen zu sein und als Nubstkind von einer Dresdner Familie in Graupa untergebracht zu sein. Seine Eltern waren nach seinen Angaben von den Franzosen erschossen worden. Man hatte natürlich Zweifel mit dem Jungen und setzte alles in Bewegung, ihn wieder seiner Pflegstätte zuzuführen. Dabei stellte es sich heraus, daß die Angaben des Jungen erlogen waren. Es handelte sich um einen waghastigen Dresdener, der Offen überhaupt nicht gesehen hatte. Als kleiner Taugenichts war er vom Marienhof in Dresden einem Knabenheim in

Klein-Graupa angeführt worden unter der Meinung, dass er sich ebenfalls führt. Sein Verbrechen ist der Junge jedoch nicht, sondern entfernte sich aus Klein-Graupa und jatte sich bereits, ehe er hier aufgegriffen wurde, 6 Tage lang umhergetrieben. Seine Mutter lebt in Dresden bei Arbeit nach, während der Vater gegenwärtig eine Hauswirtschaftslehre verübt. Der Mörder wurde nun selbstverständlich dem Dresdner Heim angeführt.

Freital. Einem in Freital-Deuden wohnenden Landwirt wurden in der Nacht zum Dienstag eine Anzahl Kornpuppen gestohlen. Die mit Hilfe eines Volkshundes angeführten Nachforschungen führten zur Auffindung von 16 Kornpuppen bei einem in Freital wohnenden Fabrikarbeiter und seinen drei Söhnen.

Rexla. Für den 1. September ist die Stilllegung des Betriebes der elektrischen Hochspannungsbahn zu erwarten. Dem gesamten Personal ist bereits gekündigt worden.

Rameta. Am Montag nahm das historische Festfest seinen Anfang mit dem Aderauszuge. Tausende von Besuchern folgten den festlichen Bildern des Festzuges mit seinen Fahnengruppen und Musikchören, Kränzen und Blumengirlanden. An dem Festzuge nahmen auch 178 Kinder teil. Die Feststadt im Focke gelangte unter den Händen der Zeit nicht die Fülle früherer Jahre, vor allem fehlen die größeren Schausteller und die Wirtshäuser. Am Dienstag erfolgte der Auszug der Turnabteilungen.

Krusdorf. Einem hiesigen Wutscherer sind auf einem Weizenfeld von sämtlichen Wuppen die Wehren abgeschritten worden. Die Diebe haben dadurch ungefähr 10 Hektar Weizenfelder gestohlen.

Chemnitz. Im Laufe des Dienstag kam es in Chemnitz zu größeren Unruhen, wodurch die Polizei wiederholt zu Eingriffen genötigt wurde. Ueber die Ereignisse gibt das „Chemn. Tabl.“ folgende Darstellung: Zu einer Forderung der Erwerbslosen, ihnen eine Wirtschaftsbefreiung von 20 Millionen Mark für Verzeihung und 18 Millionen Mark für Unverzeihliche zu gewähren, hat der Rat in seinen Gesamtsitzungen vom vorigen Montag und Dienstag Stellung genommen. In der Erwägung, dass es rechtlich unmöglich ist, über die von Reichs wegen gebotenen Unterstützungssumme hinauszugehen, da sonst jedwede Reichsaufschüsse der Stadt entzogen werden würden, hatte der Rat beschlossen, aus vorhandenen Spendenmitteln von etwa 80 Millionen Mark an die Erwerbslosen Unterstützung zu gewähren, gleichzeitig aber einen Aufruf an die Bevölkerung zur Sammlung von Geldmitteln für die notleidende Bevölkerung der Stadt zu richten. Unmittelbar nach der Ratssitzung vom Dienstag sprach eine Abordnung der Erwerbslosen beim Bürgermeister Markt vor, der sie im Sinne des Ratbeschlusses beschied, und da sie sich damit nicht zufrieden gab, an den zuständigen Vorstand des Arbeitsamtes, Stadtrat Krause, verwies. Nach einigen Verhören, die Verbindung mit Stadtrat Krause herzustellen, zogen die Erwerbslosen vor das Rathaus und drangen ins Rathaus in größerer Anzahl ein. Sie holten zunächst den Bürgermeister aus einer Sitzung heraus und begannen die Verhandlungen von neuem. Da immer weitere Erwerbslose ins Rathaus drangen, und es dem Bürgermeister nicht möglich war, eine andere Auskunft zu geben, wurde die Menge dringender, veränderte den Bürgermeister durch Gewalt, sich in sein Amtszimmer zu begeben und zwang ihn, in das Sitzungszimmer zurückzuführen, in dem sich noch weitere Ratssmitglieder und Beamte befanden. Das Zimmer wurde von der Menge belagert, die schließlich gewaltsam eindrang. Der von Ratseite geforderte Abzug der Erwerbslosen und die Freilassung der in dem Zimmer festgehaltenen Beamten wurde nur unter der Bedingung ausgesetzt, dass die anwesenden Ratssmitglieder ein Schriftstück unterzeichneten, durch das sie sich verpflichteten, für die Forderung der Erwerbslosen in der Ratssitzung am Mittwoch vormittag einzutreten.

Zwickau. In Hilmersdorf stürzte eine 63-jährige Wutscherin beim Ackerpflügen von der Leiter ab und erlitt einen Schädelbruch, an dem sie bald darauf verstarb. Ein dreizehnjähriger Knabe stürzte beim Hünbeerluden von dem Felde bei Scharienten etwa 50 Meter tief ab und blieb mit verblutetem Schädel tot liegen.

Bernsdorf. Felder gehen auch in der hiesigen Gegend mit kaum glaublicher Geschwindigkeit vor. Während in einem Teile in der Umgegend verlorst wurde, die Kornpuppen an anderen, wurden in einem anderen Teile die Wuppen vom Felde in den benachbarten Wald geschleppt und ausgebrochen. In Rummersdorf a. d. G. schritten Felder von 55 Weizenarten die Hecken ab. Bezeichnend für die Schwelgerei der Täter ist, dass nicht nur die Felder der größeren Güter herabzuwerden, sondern auch das Feld des kleinen Besitzers heimlich abgeerntet wird, ja, man sieht sich ebensoviele, das winzige Städtchen Land zu beschleichen, das der Arbeiter nach Feierabend sich bestellt hat.

Kitzau. Eine unerwartete Wirkung hatten die Lebensmittelkontrollen in hiesiger Gemeinde zur Folge. Der hiesige Wutscherer Daniel ließ am Donnerstag vergangener Woche seinen gesamten Betrieb im Stich. Auf seinem Posten, mit Kind und Kegel und einem fetten Vorkentier beladen, wandte er dem Ort den Rücken, um den Weiterbetrieb seiner Wutscheri, wie er erklärte, der Arbeiterschaft, die ihm zuviel Schwierigkeiten bereite, zu überlassen. Genial ist die Deutung noch nicht zurückgekehrt und, wie verläutet, denkt er auch nicht an die Wiederaufnahme des Betriebes. Die Gemeinde muß nun wohl oder übel daran gehen, die Fortführung der Wutscheri auf andere Weise möglich zu machen, denn es würde sonst eine ernste Störung in der so notwendigen Milchmehlversorgung unseres Ortes eintreten.

Harand. Am Montagabend stürzte während der Fahrt aus dem Dresden kommenden Personenzug, zwischen Harand und Obde Krone, ein etwa sechsjähriges Mädchen. Fahrgäste zogen die Notbremse und das fast unversehrt gebliebene Kind konnte mit seinen Angehörigen die Fahrt fortsetzen.

Freiberg. Das hiesige Schöffengericht verurteilte die Wutscherin Hedwig Ida Käse geb. Wölke wegen fortgesetzter Wildschadensverursachung zu 1 Million M. und wegen des Leichen Vergehens die Wutscherin Martha Selma Heuser geb. Schneider zu 750000 M. Geldstrafe. Beide Wutscherinnen wohnen in Kleinwaltersdorf.

Niedersiedersdorf. Hier hatte kürzlich der Gemeindevorstand den Wohlfahrts-, Preisprüfungs- und Kontrollauschuss sowie alle Landwirte der Gemeinde zu einer Besprechung über eine zu regierende Lebensmittelversorgung für die hiesige Einwohnerschaft eingeladen. Er legte ihnen die große Not der Einwohnerschaft, insbesondere die aller Windermittelten, Sozial- und Kleinrentner, die solche in Folge der Geldentwertung schwer trifft, ans Herz. Nach längerer Aussprache kam man zu der Einigung, dass sich die anwesenden Landwirte bereit erklären, alle die Lebensmittelprodukte abzugeben, die sie im Handel sind, zu erübrigen. Hierauf beschloß man die Errichtung einer Sammelstelle. Dortin sollen die Landwirte regelmäßig ihre übrigen Lebensmittelprodukte abgeben, damit sie gleichmäßig unter die Einwohnerschaft zur Verteilung kommen können. Gelegentlich der Versammlung wurden ferner der Landwirte auf den besonderen Vorzug für die Windermittelten, Sozial- und Kleinrentner unentgeltlich Lebensmittel abzugeben. Die Ausführung von Lebensmittel aus der Gemeinde soll ganz energisch bekämpft werden.

Kitzau. Eine hier jagende Wutscheri-Wollverflechtung übertrug Kritik an der bisher geübten Methode, die Arbeiter durch unkontrollierbare Personen aus den Betrieben zu holen, beim sie durch Hunderttausende von ihnen zu treiben zu lassen. Es wurde folgende

Entscheidung angenommen: Die Wutscheri-Wollverflechtung soll, daß bei allen Demonstrationen und Aktionen, die während der Arbeitszeit stattfinden, nur die Betriebsratsmitglieder, die Betriebsratsmitglieder, im Einverständnis mit den Gewerkschaften die Betriebe, Werkstätten und Baupläze verlassen. Es kann nicht angegeben, daß unbefugte Radfahrer oder unzulässige Elemente oder Hunderttausende die Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten durch Zuzug oder Anwendung von brutaler Gewalt aus den Betrieben herauszuholen.

Berzdorf. Die Frau des Oberhauwärtlers in B. unternahm mit einem ihrer Söhne einen Spaziergang, wobei der Junge sein Fahrrad mitnahm. Als es einen heilen Weg hinunterging, stürzte sich die Mutter hinten aufs Rad. Der Junge verlor die Herrschaft über sein Fahrrad und stürzte so seiner Mutter in den Strahlengraben. Die Frau wurde so unglücklich an eine Telegraphenstange geschleudert, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, der sie erlag.

Delsdorf i. B. Während des Mittagessens entstand im Hause eines Fabrikarbeiters in den oberen Räumen ein Brand. Die Leute vermochten kaum das nackte Leben zu retten, so schnell griff das Feuer um sich. Die ganze unversehrte Habe verbrannte, ebenso die Brautausstattung einer Tochter, die noch bei den Eltern wohnte.

Blauen. Eine Verurteilung der Ritterschaft Blauen der Deutschen Ehrenlegion, an der etwa 80 Personen teilnahmen, wurde nach 11 Uhr von Volksbeisitzern aufgeschoben. Die Anwesenden wurden einer Verlesung nach Witten u. m. unterzogen und ihre Namen festgehalten, mehrere Personen wurden zur Vollstreckung gebracht.

Blauen. Das Schöffengericht verurteilte einen Handelsmann, der bereits über zehnmal wegen Beamtenbeleidigung bestraft ist, wegen des gleichen Vergehens zu 20 Millionen Mark Geldstrafe.

Blauen. In der Nacht zum Dienstag stahlen Diebe aus den Geschäftsräumen einer Seidenfabrik 70-80 Stück schwarze Seidenstoffe, bestehend aus Metall- und Kunststoffe, im Werte von etwa 800 Millionen Mark.

Borna. Drei Personen eines hiesigen Haushaltes erkrankten nach dem Besuche selbst gesammelter Blige. Ein Kind im Alter von 1 1/2 Jahren ist gestorben.

Ortma. Als ein äußerst brutaler Diebstahl stellt sich ein Überfall auf den Wutscherer Feist in Wachsen dar. Nach den am Montag abend gegen 8 Uhr auf ein gegebenes Zeichen eine etwa 20 Mann starke Bande ohne jeden Grund und ohne vorher Lebensmittel gefordert zu haben, das Gehalt des Stadtbürgermeisters Feist, Wutscherer Feist und seine Söhne wurden mit Messern und Totschlägern schwer mißhandelt, wobei der Vetter eine bedeutliche Stichwunde am Hinterkopfe davontrug. Ein durchs Fenster seinem Vater zu Hilfe kommender Sohn wurde mit Dolchschüssen zurückgetrieben. Hierauf schwangen sich die Angreifer auf ihre bereitgestellten Räder und fuhren in wahnwitzigem Tempo und mit wildem Geschrei die Hauptstraße hinunter. Dieser Überfall dauerte Augenblicke, so daß nachherliche Hilfe nicht möglich war.

Leipzig. Die allgemeine Ortskrankenkasse zu Leipzig hat sich infolge der Geldentwertung genötigt gesehen, alle in den Heilstätten befindlichen Pfleger in diesen Tagen zurückzuberufen, da der Kasse in diesem Augenblicke die Mittel für die Mehrleistung fehlen. Ein Patient in einer Heilstätte kostet der Kasse täglich rund 1 1/2 Millionen Mark. Untergebracht kommen 350 Patienten, die in Heilstätten untergebracht sind, in Betracht. — Einem Arbeiter, der für seine Arbeitskollegen Waren einkaufen wollte, wurde in einem Lebensmittelgeschäft ein Betrag von 28 Millionen, der aus Schwed. der Firma August Schell bestand, aus der Geldtasche gestohlen.

Leipzig. Die plötzliche, ungewöhnliche Erhöhung der Fahrpreise für die Straßenbahn hat die vorausgeleiteten Ergebnisse gehabt. Eine beispiellose Flucht vor der Straßenbahn hat eingeleitet. Wie hart die Abwanderung des Verkehrs ist, wird man erst in einigen Tagen beurteilen können, wenn die noch jetzt gültigen Anpreisungen abgelesen sind. Man gibt sich aber keiner Illusion hin, daß der Anfall des Verkehrs durch die erhöhten Preise gedeckt werden könnte. Man wird zum letzten Mittel greifen müssen: Einrückungen im Verkehr vornehmen, die aber kurz oder lang auch zu Entlassungen führen dürften.

Leipzig. Vor dem erstenhiesigen Senat des Reichsgerichts beginnt heute unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Richter der Landesvertragsprozess gegen den 31-jährigen Berliner Schriftsteller Walter Dehne, der sich seit dem 11. März in Untersuchungshaft befindet. Nach der Anklage soll Dehne in den Jahren 1921 und 1922 in fortgesetzter Handlung vorsätzlich Nachrichten, die im Interesse des Deutschen Reiches und der Landesverteidigung geheimzuhalten waren, einer ausländischen Regierung bzw. Vertrauensleuten einer ausländischen Regierung mitgeteilt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet haben.

Hunnengeist.

Ein in einer Stadt des besetzten Gebietes. Die Franzosen gefielen sich während des Krieges darin, die Deutschen Hochen und Hunnen zu nennen. Auch jetzt noch sind solche Ausdrücke den Deutschen gegenüber bei ihnen gang und gebe. Wir Deutsche können derartige Bemerkungen mit gutem Gewissen abschütteln, sie treffen uns nicht. Wo wirklich ein Hunnengeist herrscht, zeigt sich tagtäglich im besetzten Gebiet. Die Franzosen sind von ihm besetzt, ihre grausamen Handlungen beweisen dies Stunde für Stunde. Mit Auswechungen und Verhaftungen ist ihnen noch nicht genug getan, Hunnengeist kennt unablässig darüber nach, wie dem niedergebückten deutschen Volke neue Lasten auferlegt werden können und neue Schmach angehan werden kann. Jetzt ist wieder eine achtstägige Verhaftungsperiode verhängt worden. Was das heißt, kann man der ermessens, der von der Sperre selbst betroffen wird. Und das ist die ganze Bedeutung des abgesetzten und Entschuldigens.

Die Lebensmittelnot steigt abermals, alle Beziehungen, geschäftlicher und persönlicher Art, zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland hören mit einem Schlag auf! Im unbesetzten Deutschland hat man kaum eine Vorstellung davon, welche neuen Leiden die Besatzungsarmee für die Bevölkerung des besetzten Gebietes mit sich bringt. Auch im nichtbesetzten Gebiet möge man immer beachten: Das wollen ja gerade die Franzosen, sie wollen die Bevölkerung, die ihnen nicht untertan, die ihnen nicht zu Willen sein will, quälen, quälen bis aufs Blut. Das ist Hunnengeist.

Die Kräfte der Franzosen sind erschöpft. Die Franzosen bestrafen ein ganzes Volk, wenn einzelne, die Irregelmäßigkeiten sind, sich eines Vergehens schuldig gemacht haben. Das ist Hunnengeist, nicht aber ein Bewußtsein von Abstraktion. Nun, mögen die Franzosen auf das Menschentümliche und mehr im Ersinnen von Leiden für eine gemarterte Bevölkerung tun und darin selbst noch mehr als bisher leisten, der passive Widerstand wird deshalb noch nicht aufgegeben! Der erste Hunnengeist der Franzosen möge sich mehr und mehr offenbaren, einmal muß die übrige Welt doch erkennen lernen, wo sie ist und korrekterweise

Gerichtssaal.

Die Sühne einer Missetat. Das Schwurgericht Dresden verurteilte den 68-jährigen, in Niederzöbber bei Radeburg geborenen Arbeiter Karl Friedrich Krause wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Krause hatte am 2. Mai dieses Jahres im Grundstücke Rinsgasse 6 seine 58-jährige Frau im Streit mit dem Beil erschlagen.

Die französischen Raubabsichten auf das Rheinland.

Wenn man bedenkt, daß die Ausnutzung der Rheinischen Republik schon so oft angekündigt, aber niemals erfolgt ist, so könnte man fast auf den Gedanken kommen, daß die Franzosen doch ein Haar in der Suppe gefunden haben und aus irgendwelchen Gründen nicht recht an die Bildung eines selbständigen Rheinlands heranzukommen wollen oder überhaupt diesen Plan vollständig aufgegeben haben. Die französische Propaganda im Ausland behauptet natürlich wieder noch wie vor, daß Frankreich nicht das geringste Interesse an einer Rheinischen Republik habe und sich in dieser Richtung keineswegs beäugle, daß vielmehr alle Versuche, das Rheinland von Frankreich abzutrennen, von den Rheinländern selbst ausgehen und als deutsche innerpolitische Angelegenheit zu werten seien. Nun ist aber auch von englischer Seite einwandfrei nachgewiesen worden, daß die Autonomiebestrebungen am Rhein von Paris aus geleitet werden und daß Frankreichs Absichten viel weiter gehen. Dennoch verhalten sich die Franzosen zurzeit in auffälliger Weise recht passiv, anstehend aber nur, um im Ausland den Eindruck zu festigen, daß die Rheinische Republik aus dem Interessentkreis der französischen Politik herausgerückt sei. Schlägt man aber die Pariser Zeitungen auf, dann findet man nur allzu häufig noch Betrachtungen, die keineswegs den Gedanken aufkommen lassen können, Frankreich habe sich anderen, wichtigeren Dingen zugewandt. So bringt die „Victoire“, ein Blatt, das mit dem Pariser Außenministerium in überaus engem Kontakt steht, ein Programm, das die Pariser Regierung im Rheinland unbedingt zur Durchführung bringen müsse. Es werden hier die bekannten Forderungen erhoben, wie wir sie bereits kennen: Bildung eines Landesrates der Rheinländer, Einrichtung einer Verwaltung über Rheinland und Ruhrgebiet, Beschlagnahme der Eisenbahnen usw. Man sieht also, daß in Frankreich noch immer der Gedanke einer Rheinischen Republik, mit anderen Worten, die Eroberung des Rheinlandes geföhrt wird. Es wäre töricht, wenn man sich dem Glauben hingeben wollte, Frankreichs Interesse an einem Rheinischen Bistat sei völlig geschwunden: Frankreich wartet vielmehr auf den günstigen Augenblick, um dann eines Tages mit einem autonomen Rheinland aufwarten zu können. Was das für die Rheinländer bedeuten würde, wissen wir alle! Anhänglichkeit und Verflachung des Deutschtums!

Die Bekämpfung der Ranne.

Vor einiger Zeit lief eine Mitteilung durch die Zeitungen, laut welcher die Rannengefahr für Sachsen als überwunden gelten könne. Diese Auffassung könnte für die Waldungen des Niederlandes verhängnisvolle Folgen haben. Die Frage kann als abgelaufen nur für die bisherigen Haupttraggebiete der Ranne im Sächsischen Erzgebirge bezeichnet werden, da hier die Ranne nach ihrem dreijährigen, die Wälder vermillenden Fraße nunmehr der endlich einsetzenden Wipfelkrankheit zum Opfer gefallen ist. Diese Krankheit unter den Nuppen tritt nach allen bisherigen Beobachtungen leider immer erst dann ein, wenn nach unabweisbarer Massenvermehrung eine gewisse Entartung eingetreten ist, die offenbar die Voraussetzung für die Entstehung und rasche, vernichtende Weiterverbreitung unter den Nuppen ist.

Die Gefahr besteht durchaus noch, daß die weitere Entwicklung der Ranne im Niederland genau denselben Verlauf nimmt wie in den bisherigen Raubtraggebieten, das heißt, daß das nächste Jahr die künftigen Witterungsverhältnissen an vielen Orten ein Haupttragjahr werden kann, dem im übernächsten Jahr in den bereits licht gelassenen Beständen ein Nachtrag folgt, der in den durch den vorausgegangenen Lichtschlag bereits geschwächten Beständen genau wie in der Sächsischen Schweiz noch verheerenden Schäden anrichten kann, ehe die Wipfelkrankheit die Ranne vollständig ausrottet.

Es gilt daher jetzt im Niederlande alle Kräfte aufzubieten, um die weiblichen Falter vor und bei der Eiablage zu vernichten. Bei der unglücklichen Frühjahrs- und Vorwonnemitterung wird es im Niederlande kaum zu so ausgesprochenem Falterflug wie im Vorjahre kommen, da ausgedehnte Massenüberflüge aus den bisherigen Haupttraggebieten ausbleiben werden. Man darf sich aber dadurch nicht in falscher Sicherheit wegen lassen. Infolge der anhaltend kalten und regenreichen Witterung hat sich der Flug in diesem Jahr verspätet und wird sich außerdem bei der sehr ungleichen Entwicklung der Nuppen über eine längere Zeit erstrecken. Auch die jetzigen kalten Abende und Nächte tragen dazu bei, die Befruchtung und Eiablage zu verzögern. Diese für die Bekämpfung der Ranne sehr günstigen Umstände sind mit möglicher Ausdauer auszunutzen und Tag für Tag die Waldungen gründlich abzusuchen, um die weiblichen Falter möglichst vor der Eiablage zu vernichten. Wenn dabei die Tagesausbeute verhältnismäßig so groß ausfällt wie im Vorjahre bei den damaligen Massenüberflügen, so ist dieses andauernde Sammeln der weiblichen Falter sofort nach dem Ausschließen des von größter und entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Frage im nächsten Jahr.

Allen Freunden unseres schönen Waldes, der ganz abgesehen von seinem jetzt kaum noch genug einschätzenden volkswirtschaftlichen Wert, jährlich Hunderttausenden Erholung für Volk und Geist nach des Tages Laft und Arbeit bietet, wird daher nochmals auf das wärmste ans Herz gelegt, bei der Rannenbekämpfung selbsttätig durch das Sammeln und Vernichten von Nuppen, Wuppen und Faltern nach Kräften mitzuwirken.

Landesverein Sächsischer Geistesleute.

Turnen, Sport und Spiel.

Der „N. N.“ berichtet: Die Handballmannschaft des Turnvereins 1848 Kommissar trug anlässlich der 75-jährigen Jubiläumfeier gegen die Stadtmannschaft Riesa ein Gesellschaftsspiel aus. Die Gäste waren eine technisch sehr gut durchgebildete Mannschaft; leider mußten die Einheimischen, die mit Orly antraten, sich mit 5:2 Toren geschlagen bekennen. Gleichzeitig wurde auch noch ein Faustballspiel zwischen den Jugendmannschaften des Ulg. L. Riesa und Kommissar ausgetragen, das die Gäste mit 57:47 Punkten verdient gewonnen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 23. August 1923.

Der neue belgische Oberkommandierende der Besatzungsarmee.

Brüssel. Die Zeitung 'Liberté' teilt mit, daß der neue belgische Oberkommandierende der Besatzungsarmee am Sonntag auf seinen Posten besetzt hat.

Die belgische Note fertigt.

Paris. Brüssel Meldungen zufolge haben Deunis und Javal sich gestern früh eingehend über die belgische Antwort auf die letzte englische Note besprochen.

Die Pariser Presse zur französischen Note.

Paris. Das neue französische Selbstbuch, das gestern morgen in die Öffentlichkeit gelangte, hat in gewisser Hinsicht eine Enttäuschung bereitet.

Neue Sonntagrede Voicarsés.

Paris. Es wird bereits wieder eine neue Denkmalsentwässerung für kommenden Sonntag angefangen.

Bermischtes.

Amundsen zurückgekehrt. Aus Nord wird mitgeteilt, daß Amundsen gestern in diese Stadt zurückgekehrt ist.

Einige Ahnaberbepflanzen

solten in jedem Haus- und Kleingarten angepflanzt sein. Sie liefern nicht nur eines der frühesten, sondern auch eines der erfrischendsten und bekömmlichsten Gemüsenrichte.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 5092700 Mk.

Devisenrechnung, ohne Gewähr.

Schulwaffe in der Hand im Bett verreckt hatte. Vor dem Baden hatte sich inwieweit eine große Menschenmenge angesammelt, die den Täter, als er in Begleitung des Branten auf der Straße erschien, furchbar zurücktrieb.

Unwetter in Spanien. Ein schweres Unwetter richtete in Toro, der Bezirkshauptstadt der spanischen Provinz Zamora, die durch ihre alten Bauten und den Stierkampf berühmt ist, schweren Schaden an.

Unfall beim Frankfurter Verkehr. Auf der Niederarrad Rennbahn bei Frankfurt a. M. trug sich am Sonntag ein bedauerndwertiger Unfall zu.

Tausendmarktscheine als 10-Millionen-Scheine. Wegen einer neuen Art von Falschmünzerei wurde in Berlin ein Ingenieur fest verhaftet.

Millardenbeute von Rasiabankleitern. Rasiabankleiterer besuchten nachts die Wohnung des 70 Jahre alten Rentners Graf in der Ansebestraße in Berlin und raubten für 10 Milliarden Goldmarken.

Dreiprozentiges Bier in Amerika. Das 'trockene' Amerika scheint von seinem diesbezüglichen Zustand genug zu haben. Wie aus St. Louis (Mo.) gemeldet wird, beabsichtigt der Kongress die Erhöhung der Steuern auf Bier.

Einige Ahnaberbepflanzen

solten in jedem Haus- und Kleingarten angepflanzt sein. Sie liefern nicht nur eines der frühesten, sondern auch eines der erfrischendsten und bekömmlichsten Gemüsenrichte.

Wasser zu verwenden. Späterhin lassen sich dann aus den inzwischen länger und wider gewordenen Stengeln erscheinende Grüns, Tuppen und Milchsäure bereiten, die auf den menschlichen Körper gesundheitsförderlich einwirken und verhältnismäßig leicht und billig hergestellt werden können.

Zur Kohlhernienplage.

Bei der ungeheuren Teuerung des Gemüses muß auf dessen Anbau und richtige Behandlung ganz besonders Bedacht genommen werden, und auch manches Blumenbeet wird der Rache durch Befestigung mit Kohlgemüse vorzuziehen sein.

Marktwerte.

Die amtlich notierten Preise (in Kaufenden Mark) waren an der Berliner Warenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 9975-10000, Rubig, Roggen, märkischer 6100-6250, westpreussischer 5750, Abgeschwächt, Sommergerste märkische 8000-7500, Wintergerste 7500-7250, Abgeschwächt, Dinkel, märkischer 8000-8250, schlesischer 8000-7750, Abgeschwächt, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 35000-38000.

Amthliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz am 22. August, nachmittags 8 Uhr. Stimmung: fest. Weizen 10000000-105000000 Mk., Roggen 6750000 bis 70000000 Mk., Wintergerste 7000000-75000000 Mk., Sommergerste 7500000-80000000 Mk., Dinkel 8000000 bis 85000000 Mk., Mais - M., Weizenmehl 230000000 Mk., Roggenmehl 150000000 Mk., Weizenkleie 450000000 Mk., Roggenkleie 450000000 Mk., Bienenhonig - W., Riesebe 100000000 Mk., Getreide-Stroh rote 80000000 Mk. für den Rentner franco Chemnitz, bei Getreide in Labungen von 200-300 Zentner, bei Mehl in Mengen unter 100 Zentner und bei Öle und Stroh Labungweise.

Und doch!

Roman von Annä Wotke.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Copyright by Annä Wotke, Leipzig.

„Sie leben jetzt in die Hasenburg zurück, Baronin?“ fragte Hedwig, als ich mich zum Gehen wandte, „habe ich Sie in Ihrer Andacht gefehlt?“

„Nein, durchaus nicht,“ entgegnete ich besonnen. „Aber Sie nicht, daß ein solcher Karfreitag festliche Stimmungen zeitigt?“

„Deren man sich öfter schämt, meine Gnädigste,“ gibt er mit leichter Ironie zurück.

Ich wurde wieder rot unter seinem forschenden Blick, aber bevor ich antworten kann, schlägt Herbergratzel an unser Ohr, und wir erblicken, stehen bleibend, zwei Wagen, die den Weg heraufkommen.

Man kehrt von der Kirche heim, aber seltsam, mir kam es profan vor, wie die näherkommende Gesellschaft auf's Plaudernd an uns vorbeifuhr. Im ersten Wagen saß Arno, Jodis, Manon und meine Schwester Delia, welche die Feiertage auf man's sämlichen Hüften in der Hasenburg verleben wollte. Wir wechselten nur einige Worte im Vorüberfahren - aber ich sah Delias misbilligendes Gesicht, als sie mich mit Baron Hedwig am Wege sah. Im zweiten Wagen hatte Frau von Bredow mit Ulmer Platz genommen, ihnen gegenüber Dasso und Hilbert von Hagen, während Wartenburg hoch oben auf dem Aufsicht von Thronit und Mühe hatte, seinen festen Fuß auf der blonden Wähne vor dem Sturm zu schütten.

Dasso ranzelte die Stirn, als er mich mit Hedwig gewahrte. „Nun ich dich denn immer mit diesem Menschen kommen treffen,“ las ich in seinen Augen, wenn dich ein Spaziergang mal der Hasenburg entführt?“

Ich hob eigenhändig den Kopf. Was ginst es Dasso an, wie ich mir die Zeit vertriebe.

Dass ich eigentlich ganz außerhalb seines Kreises stand, hatte mir doch zur Genüge der heutige Tag gezeigt, wo jeder seine eigene Straße ging.

Ein Felsch Dasso's lag den Wagen sofort halten. Schnell öffnete er den Schlag und sprang hinaus.

„Wilst du nicht einsteigen, Jolande?“ fragte er sanft und freundlich und doch so bestimmt, daß es mir war, als hörte ich einen hart und unerbittlich ausgesprochenen Befehl.

„Ich will nicht,“ Intrigante ich zwischen den zusammengepreschten Sähen, nur ihm verständlich.

„Du mußt,“ entgegnete er hart, „bitte, mach' keine Szene.“ Er sah nach ein Wort erwidern konnte, fühlte ich mich schon von kräftigen Armen emporgehoben, einen Augenblick war es mir, als fühlte ich wieder das taubende Boden seines Herzens, als ich wider Willen einen Moment an seiner Brust lag. Mein Gott, sollte er ein Herzbeiden haben?

Wir stockte der Atem. Dann starrte er stumm auf mich und ich - ich war frei!

Frei! Ich verlor fast das Bewußtsein bei diesem Gedanken - ich war so verwirrt, daß ich die höflichen Bemerkungen von Tante Julia über meine einseitigen Spaziergänge mit jungen Männern, während sie anderen zur Kirche fuhrten, ganz überhörte.

Ich fuhr wie im Traum dahin. Jetzt hatte der Wagen Dasso und Baron Hedwig, die ganz entrücktlich dahinschritten, überholt. Beide zogen grüßend die Hüte, und während mein Blick zufällig Dasso's Augen trafen, kam es plötzlich wie tiefes, helles Glorieren über mich. Welch süßbitter, entsetzliche Gedanken hatte ich gehabt! Wie erhaunete ich in banger Dual vor meinem eigenen Ich!

„Ich denke es mir hümmlich, liebe Hedwig, so allein mit lieben Menschen am Karfreitagmorgen hinaus zu wandern, Weisheit zu suchen!“ tönte Ulmer's Stimme plötzlich an mein Ohr. „Sie haben natürlich keine gefunden, denn zu zweiten, mein Herzchen, verzieht man das oft, nicht wahr? Dasso, Sie müßten auch morgen mit mir einen so tauschlichen Spaziergang machen,“ wandte sie sich zu dem an meiner Seite sitzenden Künstler, „ich will mal sehen, ob ich auch so überflüssig und süß verwirrt heimkehre, wie diese reizende, holde Frau. Wollen Sie?“

Hagen nickte, „Weshalb Sie nur, Gnädigste, ich bin zu allen Schandthaten bereit.“

Ich hielt es unter meiner Würde, etwas darauf zu erwidern. Stumm, ohne ein Wort zu sagen, fuhr ich dahin und war froh, als wir endlich die Hasenburg erreicht hatten.

Wir sahen uns erst alle beim Mittagessen wieder, das still und einsörmig verlief. In Anbetracht des Feiertages gab es nur Fastenbissen. Wenn der alte Haushofmeister und Frau Dörte nicht daran gedacht, ich hätte es vergessen, in dieser Beziehung an den Feiertag zu denken.

Unter dem Vorwande, von den Vorbereitungen für das Osterfest, an dem wir zum ersten Male eine größte Anzahl Gäste bei uns saßen, erwidert zu sein, zog ich mich bald nach dem Mittagessen zurück, um den Rest des Tages wie Rufine Ulmer sagte, in stiller Andacht zu verbringen.

„Ich gehe einen Augenblick mit dir,“ sagte Delia, und nahm entschlossen meinen Arm. „In einer halben Stunde bist du wieder frei,“ flüsterte sie mir zu, als sie sah, wie ich sauberte.

Arm in Arm gingen wir an den alten Ahnenbildern vorüber, auch an der Tür zu Dasso's Zimmer, hinter der das Bild der Frau mit den roten Wahnblumen war, hinauf in mein Kammern.

„Welch ein Frieden,“ sagte Schwester Delia beim Eintreten, ich in meinem Heim umschauend, „ach, Jolande, wie müdest du doch zufrieden und glücklich sein.“

„Sie nahm in dem hohen Lehnstuhl des Erkers Platz, und ich launete mich unwillkürlich zu ihren Füßen. „Ich wollte, ich wäre du,“ stieß ich hastig hervor, „und du wärest an meiner Stelle, da könntest du das Glück,

das herauschende Glück auskosten in vollen Zügen, und ich wollte mit Sonne dein Leben auf meine Schultern nehmen und jauchzend, wenn es sein müßte, untergehen in Armut und Not.“

„Verständige dich nicht, Jolande.“ Die Stimme klang fest, aber nicht hart. „Wohl verstehe ich dein Empfinden, aber es hilft nichts, Kind, du mußt dich mit dem Schicksal abzufinden suchen. So geht es nicht weiter. Dasso, du, das Kind, alle gehen daran zugrunde.“

„Dass dich Dasso vielleicht beauftragt, redest du in seinem Namen? Ist er zu feige, mir selbst ins Gesicht zu sagen, was er will?“

„Kind, Kind, nicht so heftig,“ und die schlaffe, fähige Hand der Schwester, die nie eine Viehölzung für mich gehabt, legte sich auf meine Stirn. „Dasso ahnt natürlich nichts von meinen Gedanken, aber ich bin nicht umsonst so alt geworden, wie ich bin, ich kenne dich sehr gut. Denn ich offen sein soll, Kind, ich habe früher nur wenig von dir gewußt. Wir waren zu verschieden, der Altersunterschied zwischen uns war zu groß - ich war lange Zeit dem Alterhause fern, so daß ich dich eigentlich kaum kannte und dich so beurteilte, wie dich Mama schätzte. Hätte ich dich besser oder richtiger gekannt, so hätte ich sicher die Heirat verhindert mit aller mir zu Gebote stehenden Energie, aber jetzt ist es zu spät, und du mußt dich mit deinem Schicksal abfinden, du mußt!“

„Du bist hart und grausam, Delia,“ sagte ich, „und du kennst mich nicht, denn sonst würdest du das Ungehörige nicht verlangen. Du weißt nicht, wie mein Herz nach Liebe schreit, die ich hier nicht finde und nicht finden kann, denn du mit deinem kalten Herzen kennst die Liebe nicht, hast sie nie gekannt!“

„In den blauen, schwarzumräumten Augen meiner Schwester glimmte es seltsam auf. Wie nahender Sturm zuckt ein Leuchten darin auf, dann sinken die langen Wimpern tief auf die blauen Wangen. „Du hast recht, Jolande, ich kenne die Liebe nicht, aber die Pflicht und etwas, was wir Ehre nennen.“

„Ehre!“ Ich lachte höhnlich auf. „Was ist denn Ehre? Daß ich mich dem verkaufte habe, der gerade kam und mich begehrte, daß ich ohne Liebe im Herzen bei dem ausharre, der mich gekauft, das nennt ihr Ehre? Wenn aber heute einer kommt und mir sein ganzes, volles, heißes Herz entgegenbringt, und wenn ihm das meine entgegenschlägt mit jedem Pulsschlag, mit jedem Gedanken, so ist das unehrenhaft, und doch ist es das höchste und reifste, edelste und größte Gefühl. Was will ihr Menschen, die ihr nur der Konvention lebt, überhaupt von Ehre? Ihr opfert der äußerlichen Ehre alles, Leben und Selbstgeit, und im Innern, da ist eure „Ehre“ ein Stuhl des Lasters und der Schande. Nein, frei will ich sein, und du wirst sehen, ich breche die Ketten, in die ihr mich geschnelbet.“

„Wird nicht ich mich auf und lege in Delias wieder voll aufgeschlagenen Augen.“

Zur Krise im Buchdruckgewerbe.

1) München. In einer Sitzung des Vorstandes des **Verbands Deutscher Zeitungsdirektoren** wurde nachstehende Entschliessung gefasst: Infolge der ungerechtfertigten, das tarifliche Fortschreiten weit übersteigenden Löhne sehen sich die hiesigen Zeitungsdirektoren außerstande, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Es muß deshalb zur Stilllegung der Betriebe geschritten werden. Nach dem Wortlaut der Demobilisierungsverordnung müßte zunächst die Arbeitgeberseite einverstanden sein, damit die Kündigung der gesamten Personalmasse ausgesprochen werden kann. Bei der Eigenart der Zeitungsbetriebe ist die Kündigung jedoch nicht durchführbar. Aber selbst, wenn dies der Fall wäre, wären die Zeitungsdirektoren außerstande, auch nur für die Dauer der Kündigungsfrist die horrenden Löhne zu bezahlen. Die Zeitungsdirektoren sehen sich also durch die ihnen aufgezwungenen Verhältnisse genötigt, ihre Betriebe unter Umständen schon in den nächsten Tagen stillzulegen. Sie sind sich dabei wohl bewußt, daß die Stilllegung von unabwehrbaren Folgen sein wird, und richten deshalb an die Regierung die Bitte, mit der Presse und den graphischen Gewerben zusammen über einen Weg zu beraten, der über die kritische Lage hinwegzuführen geeignet ist.

Der Bezirksverein Dresden des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu den Schillenforderungen.

Eine am Sonntag in Dresden tagende Versammlung des Bezirksvereins Dresden des Deutschen Buchdrucker-Vereins beriet einmütig die traurige Lage des Gewerbes, hervorgerufen durch die völlige Erhöhung des Schillenlohnes von 12 Millionen Mark in der Vorwoche auf 30 Millionen Mark in dieser Woche. Die Mittel zur Befriedigung der Ansprüche des Personals sind nicht mehr aufzubringen, auch wenn man jetzt von der Rumbilanz fordert, daß bei allen größeren Aufträgen angemessene Vorarbeiten bzw. Teilzahlungen geleistet werden und alle Rechnungen innerhalb drei Tagen in wertgehaltener Mark zu bezahlen sind. Man beschloß deshalb, an die Vertreter der Tariforganisation in Berlin folgende Resolution zu richten: Die heute vollständig beschlossene Bezirksvereinsversammlung beschließt einstimmig: Wir protestieren gegen die Forderung eines Wochenlohnes von mehr als 30 Millionen, der überhaupt nicht aufgebracht werden kann und unter Gewerbe und alle Druckereibetriebe zugrunde richten, sowie unsere Arbeiterklasse letzten Endes brotlos machen muß. Die Arbeitgeber lehnen jede Verantwortung ab, falls Kompensationen aus der nicht reiflichen Zahlung der Löhne entstehen sollten. Die Prinzipalvertreter des Tarifauschusses dürfen unter keinen Umständen einer Lohnhöhe Zustimmung geben, deren Durchführung unmöglich ist.

Die Sozialdemokraten gegen die kommunistische Hege.

1) Dresden. Die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ wendet sich gegen die kommunistische Hege gegen die Regierung. Sie schreibt u. a.: „Die Gewerkschaft der kommunistischen Demagogen läßt sich kaum mehr überbieten. Wenn die Kommunisten so genau wissen, was eigentlich die sächsische Regierung in dieser schweren Zeit machen möchte, warum erklären sie sich nicht endlich bereit, in die Regierung einzutreten. Wir wären neugierig, was ein kommunistischer Arbeitsminister tun würde, wenn ihm nicht Loh von den Unternehmern, sondern auch von den Vertretern der Arbeiterschaft bargetan wird, daß eine starke Vermehrung der Arbeitslosigkeit droht. Würde er nicht auch vor allen Dingen sein mögliches tun, um den Betrieben, die zu erliegen drohen, ein Weiterarbeiten zu ermöglichen? Wie sehr die kommunistische Presse sich nur von ihrem Schimpf- und Deklamationsleuten läßt, geht aus den Reserven hervor, die sie der Arbeiterschaft empfiehlt. Würde die sächsische Arbeiterschaft wirklich den törichten Versuch machen, nach den kommunistischen Reserven zu verfahren, so käme ganz bestimmt recht bald ein großer Teil der sächsischen Betriebe zum Stillstand. . . . Wenn schließlich die kommunistische Presse dazu auffordert, die Arbeiter sollten sich darauf vorbereiten, an die Stelle der gegenwärtigen Regierung eine sogenannte Arbeiterregierung zu setzen, so wissen die Kommunisten ganz genau, daß sie dieses Ziel gar nicht erreichen können. Eine Arbeiterregierung nach kommunistischen Rezepten in Sachsen, die nicht auf geschwätziger Grundlage beruhen würde, würde sich nicht 3 Tage halten können. . . . Die Kommunisten haben vorzichtigerweise auf ihrem Parteitag in Weitzschen noch nicht erklärt, daß sie die Regierung, die sie jetzt so scharf angreifen, stürzen wollen. Aber aus ihrer Resolution geht deutlich hervor, worauf die Taktik der kommunistischen Führer binzielt. Erst sollen die sogenannten rechten Führer der Sozialdemokratie vor der Arbeiterschaft kompromittiert werden und dann, nachdem nach kommunistischer Auffassung dieses Ziel erreicht ist, kommen die linken Führer dran. Die kommunistischen Führer erhoffen von ihrer Taktik den Erfolg, daß sich die Massen von der sozialdemokratischen Partei überhaupt ab- und der kommunistischen Partei zuwenden. Daß es den

Kommunisten vor allem auf die Herrschermehrung der Sozialdemokratie ankommt, daß ihnen dieses Ziel wichtiger ist als die Erreichung politischer und wirtschaftlicher Vorteile für das Proletariat, müßte schon längst jedem klar sein, der das Verhalten der Kommunisten verfolgt.

Lutherischer Weltkonvent in Eisenach.

Eisenach, den 22. August 23.

Am Dienstag wählte der Weltkonvent bei Eröffnung seiner geschlossenen viertägigen Arbeitstagung auf Vorschlag von Professor D. Jacobs-Newport den Landesbischof D. Jhmels-Dresden zum Vorsitzenden und gab ihm als geschäftsführenden Ausschuss zur Seite Erzbischof D. Dr. Eberhard-Wein, die Bischöfe Vorlau-Riga und Raffan-Budapest, die Kirchenpräsidenten Knudel und Stub aus Nordamerika und Generalinspektor Cappel-Dresden. Neben einem Beschlussausschuss wurde noch ein Verfassungsausschuss unter Vorsitz des sächsischen Bischofs Danell eingesetzt, der die Pläne für einen dauernden Zusammenschluß der luther. Kirchen bearbeiten soll. Mit der Verantwortung eines Begrüßungsschreibens des kürzlich in Zürich versammelten reformierten Weltbundes wurde der Vorsitzende beauftragt. Landesbischof D. Jhmels hatte schon in seiner Eröffnungsvorrede am Tage zuvor die Sympathie des Konvents mit allen kirchlichen Einheitsbestrebungen betont. Sein Vortrag in der ersten geschlossenen Sitzung galt der weltweiten Art des Lutheriums, das allen Völkern der Erde etwas zu sagen hat und doch für alle völkische Eigenart Raum läßt. Wie Luther nicht wünschte, daß die Reinen sich nach ihm nannten, so will auch seine Kirche das Wesen der einen allgemeinen Kirche darstellen. Bischof Gummert-Annaberg ergriff die lebhafteste Aussprache mit dem wirkungsvollen Hinweis auf die Darstellung dieser Weltweite des Lutheriums in Geschichte und Gegenwart: wie einst vor der Reformation neun Jhndel Mittel-europas lutherisch waren, so stehen heute neben der stärksten deutschen Gruppe des Lutheriums die nordischen Kirchen mit ihrer das Volksganze umspannenden kraftvollen, ruhigen Entwicklung und das jugendliche, hoffnungsvolle amerikanische Lutherium. Ein eindrucksvolles Bild dieser Mannigfaltigkeit gaben am Abend die Berichte aus acht lutherischen Kirchen der Erde, von denen derjenige eines eingeborenen Vertreters der ältesten christlichen Kirche Indiens besonderes Interesse fand. Das gemeinsame Gut des Lutheriums fand dagegen Ausdruck in den kraftvollen Ausführungen von Professor D. Jürgensen-Nordamerika über das Bekenntnis, die in der Anregung gemeinsamer theologischer Arbeit und Gründung einer internationalen theol. Fakultät anklangen. Eine von Professor D. Edelius-Nordamerika eingeleitete Aussprache zeigte, wie stark die Gedanken des Vortrages im Schoße des Konvents Widerhall fanden.

Die Verhandlungen des Konvents sind umrahmt von gottesdienstlichen Feiern, in denen unter starker Anteilnahme der Eisenacher Bevölkerung u. a. Präsident Stub-Nordamerika, Bischof Raffan-Budapest und Bischof Irbe-Riga predigen.

Der (3.) Bericht über den Abschluß und das Ergebnis der Verhandlungen wird bei Schluß des Konvents am Freitag ausgegeben werden.

Volkswirtschaftliches.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes für den 20. August auf das 73,73fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (1933) beträgt somit 7,5 Prozent.

Ein marktfreies Brot in Berlin 400 000 Mark. Das fortgesetzte Steigen der Marktpreise und die Auswirkung der hohen Preissteigerung haben den Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins veranlaßt, die Preise für marktfreies Gebäck am Donnerstag ab erneut zu erhöhen. Von diesem Tage an kostet das marktfreie Brot 400 000 Mark, die marktfreie Schrippe 22 000 Mark. Die Preise für das übrige Gebäck erhöhen sich entsprechend.

Gegen Jurisdiktion fremder Zahlungsmittel. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrkontrolle hat in letzter Zeit wiederholt in Rundschreiben an die Außenhandelsstellen und die sonstigen beteiligten Stellen auf den Ernst der Devisenlage aufmerksam gemacht und dabei darauf hingewiesen, daß die Neigung zahlreicher Firmen, die ihnen obliegende Ablieferung der bei Ausfuhrgeheimnissen anfallenden Devisen zu verzögern, mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Wie wir hören, werden bei den zuständigen Behörden weitere umfangreiche Vorbereitungen getroffen, alle diejenigen, die ihren — vielfach auch durch strafbare Verstöße gegen die Devisenverordnungen erworbenen — Besitz an ausländischen Zahlungsmitteln, Wechseln, Schecks und dergl. zum Nachteil der deutschen Währung und unter Verletzung ihrer vaterländischen Pflichten weiter zurückhalten, ehestens der Verhaftung auszuliefern. Im Augenblick ist es nicht zu verantworten, daß Firmen und Einzelpersonen aus

Eigenem fremde Zahlungsmittel, Wechsel, Schecks usw. zurückhalten; sie begangen ein Verbrechen an unserem Lande. Es ist daher Pflicht jedes Einzelnen gegenüber der Volksgemeinschaft, schmerzlich seine im Ausland heftenden Guthaben bereinzuholen und alle zur Bedienung von Zahlungsmittelverpflichtungen nach dem Auslande während der nächsten drei Wochen nicht unbedingt benötigten Devisen unverszüglich an die Reichsbank abzuliefern oder dort, wo es sich nicht um aus Ausfuhrgeheimnissen erhaltene Devisen handelt, einer inländischen als Devisenbank anerkannten Privatbank zuzuführen. Die jetzt bei allen Banken zur Zeichnung ausliegende Goldanleihe bietet einen vollwertigen Erlös für die bisher im Devisenreisende geluchte wertbehaltende Anlage.

Wertbehaltende Anleihe des Deutschen Reiches. Von zehnjähriger Seite erfahren wir, daß die Zeichnungen auf die Anleihe in bester Weise einlaufen. Namentlich in den letzten Tagen ist das Ergebnis als besonders günstig zu bezeichnen.

Eröffnung einer Jüdischen Bank. Von den in der Wirtschaftlichen Rohstoffe-Bereinsung zusammengeschlossenen Raffinerien Halle und Koblenz und 87 Rohstofffabriken wurde mit einem vollstehenden Goldkapital von vorläufig 400 000 Mark unter dem Namen Jüdischer Kreditbank A. G. mit dem Sitz in Berlin, ein Organ gegründet, das bestimmt ist, der Jüdischen Industrie auf wertbehaltender Grundlage die beim Übergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft erforderlichen großen Geldmittel zu beschaffen. Zum Vorstand wurde bestellt Herr Gustav Frick, von Nordem, Geschäftsführer der Deutschen Aktiengesellschaft für Landeskultur, Berlin.

Der Devisenstand 200-300 Millionen Goldmark. Die Reichsregierung hofft, durch die neue Verordnung 200-300 Millionen Goldmark an Devisen herauszuholen zu können, um damit den schon mehrfach erwähnten Fonds zu schaffen, mit dessen Hilfe man die Mark stützen und die Lebensmittelpflege der Bevölkerung sicher stellen wird.

Neue Preise für Stickstoffdüngemittel. Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt mit Wirkung vom 20. August 1933 ab neue Höchstpreise für Stickstoffdüngemittel. Es beträgt der Ausschlag: für den 100-Kg.-Futelaß 492 000 Mark, für den 75-Kg.-Futelaß 398 000 Mark.

Wertmehrer in der Damenkonfektion. Die seitens des Reichsverbandes für Damen- und Mädchenkonfektion mit dem Verband der Fabrikanten von Mänteln, Kostümen und verwandten Artikeln vereinbarte Wertmehrer ist ab 23. 8. auf 70 000 erhöht worden. Die im Verkehr des Einzelhandels mit dem Verbraucher gültige Wertmehrer beträgt ab 23. August 55 000.

Kunst und Wissenschaft.

Die diesjährige deutsche Physikertagung findet in Bonn in der Zeit vom 14. 8. bis 20. 8. statt. Sie wird veranstaltet von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für technische Physik, die im Rahmen der Physikertagung zugleich ihre Jahrestagungen abhalten. Namhafte Gelehrte des In- und Auslandes, darunter 12 Nobelpreisträger, haben ihre Beteiligung zugesagt.

Austritt aus der Dresdner Staatskapelle. John Kramm, der erste Flöte der Dresdner Staatskapelle, ein Meister seines Instrumentes, ist aus seiner Stellung geschieden und in das Rengelsberg-Drecher in Amsterdamm eingetreten. Kramm ist Holländer von Geburt.

Uraufführung des Filmmwerkes „Die Ruhrkämpfe“. In den „Kammerspielen“ in Berlin gelangte kürzlich das Filmmwerk „Die Ruhrkämpfe“ zur Uraufführung. Auf die Bedeutung des Werkes weist anfänglich Freilich von Weidem hin. Die Bilder sind unter großer Lebensgröße im Einheitsgebiet aufgenommen worden. Zwei der mitwirkenden Filmoperatoren sind den Franzosen in die Hände gefallen und sitzen im Justizhaus. Der Film gibt einen starken Eindruck von den entsetzlichen Qualen der Ruhrbevölkerung, von dem rücksichtslosen Vorgehen der Wehrmachtstruppen und von dem heldenhaften Widerstand der Bevölkerung.

Ehrendoktor. Der Inhaber der Stahl- und Schreibwarenfabrik G. W. De Nachfolger in Leipzig-Plagwitz, Herrmann Vogt, ist von der Universität Freiburg i. Br. zum Ehrendoktor ernannt worden.

An unsere Postbezieher!

In diesen Tagen erhalten unsere treuen Postbezieher, welche bereits die erste Nachzahlung geleistet haben, die in der Nr. 192 b. W. angezeigte Nachzahlung über 330 Tausend Mark als zweite Nachzahlung für die zweite Hälfte vom August. Wir erlauben die verehrl. Postbezieher, diese Nachzahlung sofort einzulösen, damit in der weiteren Zustellung unseres Blattes keine Unterbrechung eintritt. Wie schmerzlich das Ausbleiben des Heimatblattes gerade in der jetzigen Zeit ist, haben wir in den letzten Tagen öfter zu Gehör bekommen.

Verlag des Nieferer Tageblattes.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufrichtigkeit danken herzl. Hermann Jähne und Frau geb. Buschke. Niefa, August 1923.

Damen Schuh Dienst, vrm. o. Brautig u. Göttemig ver-loren. Gegen Bezahlung abzugeben. Brautig Nr. 15. Anständiger Mann sucht Schlafstelle oder einfach möbl. Zimmer in Niefa od. náb. Umgeb., möglichst allein. Wäsche, Hausbrand wird geliefert. Off. unter EN 688 an Tagbl. Niefa.

Ein ehrl., solides Mädchen nicht unter 17 Jhr., sucht Frau Vera, Bahnhofsstraße 13.

Kellnerin sofort Wefers Restaurant. Suche sof. einen älteren zuverlässig., unabhängigen Arbeiter.

Julius Schierz, Rohproduktenhandlung, Neumiede.

1300 qm engl. Schiefer zu verkaufen. Frh. G. Diege, Niefa, Tel. 112.

Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1
Nur noch heute: Die Tochter Abadvers 2. Teil „Höllentagen“.
Ab morgen:
Das große Ereignis der Saison 1923!

„Frou-Frou“

Ein Spiegelbild unserer heutigen Zeit. Raffinierte Spieler, Schieber und Wucherer unserer heutigen Großstadt! Schöne Frauen — Sekt — Liebe — Leid u. Not sind der Inhalt zu dies. groß angelegten Werke. Dazu das übliche Beiprogramm.

Ferner als Einlage: Die tolle groteske „Die Löwenjagd“.

Täglich ab 7 und 9 Uhr. — Um recht regen Besuch bittet der Verfasser R. Marx.

Achtung! Ab Dienstag! „Der schwarze Montag“ m. Hella Moja.

Freitag und Sonnabend Verkauf von prima Soblenfleisch und Wurst. Feiner Mittagstisch. — Gutes Bier. Fa. Albert Mehlhorn, Gröba.

Eltern suchen für ihren Sohn, welcher Eltern die Schule verläßt, 1 Kleiderkranz, 1 Grobstrickpul, 1 Wollschmähne, 1 Bettstelle m. Matratze, 1 Regulator u. verschied. andere mehr zu verkaufen. Thekla, Pella Nr. 4.

Ziehlerlehrstelle. An erfr. im Tagbl. Niefa.

Gröba, Centraltheater

Freitag bis Montag
Der unerwartete Gast.
Ferner: Eddie Polos Abenteuer
Der gelbe Streifen.

Vorführungen 7 u. 9 Uhr. Sonntag ab 4 Uhr. Anna Jach.

Elektrizitätswerke-Betriebs-Aktien-Gesellschaft

in Riesa.

Die neuen Gewinnanteilscheinebogen zu unseren Aktien Nr. 801-800 gelangen gegen Rückgabe der Erneuerungsscheine von heute ab in Dresden: bei dem Bankhaus Philipp Klimeyer bei der Sächsischen Staatsbank bei der Deutschen Bank Filiale Dresden in Niefa: bei der Niefaer Bank, Akt.-Ges. zu Niefa kostenfrei zur Ausgabe.

Den Erneuerungsscheinen ist ein nach der Nummernliste geordnetes Verzeichnis beigegeben. Niefa, den 22. August 1923.

Der Vorstand: Hille, Regier.

Gold-, Silber-, Platin- und Bronze Gegenstände Jahrgehisse und einzelne Zähne Dubler und Guedelber — Zinn — Kupfer Messing — Zinn — Blei — Aluminium kauft täglich Emil Kaluschka, Schloßstraße 19 (im Baden). — Ausweis mitbringen.

Mehrere gute Arbeitspferde

Stehen preiswert z. Verkauf. Fa. Albert Mehlhorn Gröba, Fernruf 685.

Suche zu kaufen: 1 geb. Schweiß-Apparat 1 Benzin-Motor, 2 PS., ob. 1/2 PS., von der Steckdose aus laufend (Bnoltig), aber gegen gleichen zu tauschen. Alfred Bergk, Gröba, Kirchstraße 12.

Nach beendetem Fischerstreik treffen wieder regelmäßig fertige Becks ein. Diese Woche feiner Angellöffel. Clemens Bürger.

Rauch-Tabak und Zigarren äußerst günstigen Preisen offeriert für Wiederverkäufer W. Galland, Dresden-N. S. Mannstr. 60 Fernruf. 22 162. 28 162.

Schnelle u. zuverläss. Erwtg. v. PATENT-Muster

u. Warenzeichen. Seit 1901 bekannt u. empf. Beratung u. Auskünfte persönlich od. briefl. Patentbüro Krueger, Dresden-N., Schlossstraße 2.

Pa. Speisefett und Margarine empfindl. Striegler, Neu-Weiba.

Gasthof Jahnshausen. Sonntag, den 26. August Gratefest und Ball wozu ergeht einladet Franz Weßen.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und den schönen Blumenstrauß beim Heimzuge unseres lieben Kindes Herbert sagen wir allen herzlich Dank. Gustav Ullrich und Frau. Poppitz Nr. 18, am 22. August 1923.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten

Poincarés Antwort an England.

Ein ausgesprochenes Verdrehungs-Manöver.

Paris, 22. August. Die französische Antwortnote lautet nach einer historischen Schilderung der einzelnen Stadien der Reparationsfrage und nach Ausführungen über die Gefährlichkeit der Ruhrbesetzung darauf zu sprechen, daß Frankreich schließlich gezwungen gewesen sei, Mäandern zu erweisen und das Ruhrgebiet zu besetzen, und fährt dann fort:

Am 11. Januar 1923 haben wir das Ruhrgebiet besetzt. Wir haben das getan, weil Deutschland seit drei Jahren keine seiner Verpflichtungen erfüllt hat. Wir haben das getan, weil die Reparationskommission, als sie die Verschuldungen Deutschlands feststellte, uns ausdrücklich das Recht verliehen hatte, zu handeln. Es ist klar, daß wir, wenn wir, wie man uns bisweilen unterzogen hat, politische oder militärische Absichten gehabt hätten, nicht das Ruhrgebiet besetzt hätten. Wir hätten es in diesem Falle vorgezogen, in das Rheinland einzuziehen, weil dieses Land, das Bayern von Preußen trennt, Deutschland entzweischneidet. Das haben wir nicht getan, weil wir Gebiete ohne jeden Hintergedanken besetzen wollten und weil wir keine anderen Absichten hatten, als Pfänder zu ergreifen und um einen Druck auf das widerstrebende Deutschland auszuüben. Das Ruhrgebiet ist in der Tat das wirtschaftliche Hauptzentrum Deutschlands. Wir hatten heute dieses so wichtige Gebiet, das sechs Millionen Einwohner hat, mit einer Armee von 50 000 Mann besetzt. Wir hätten aber die Absicht, nur bedeutend schwächere Effektiveinheiten in Bewegung zu setzen. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, eine militärische Operation zu unternehmen. Unsere Truppen sind nur ins Ruhrgebiet gekommen, um dort unsere Ingenieure, unsere Holz- und Forstbeamten zu schützen. Es waren nicht Militärpersonen mit denen die Deutschen zu tun hatten. Es waren Ingenieure, Forstbeamte, jene Forstbeamte, die sich zuerst an sie gewandt und ihnen anfangs folgendes Regime vorgeschlagen haben:

Es sollte an dem normalen Leben und an der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes nichts geändert werden. Die Ingenieure der Alliierten sollten ganz einfach die Tätigkeit des Kohlenhandels kontrollieren, in der Absicht, die regelmäßige Lieferung von Kohlen- und Koks mengen sicherzustellen, die Deutschland schuldig war. Derselbe Kommissar sollte die industrielle Produktion der Fabriken des Ruhrgebiets kontrollieren und über den Eingang der Kohlensteuern wachen, die ganz oder zum Teil in die Kasse der Reparationskommission fließen würden. Eine Kommission von Zollbeamten sollte mit den Beamten der deutschen Zollverwaltung und des deutschen Fiskus den Eingang gewisser Abgaben sicherstellen, deren Ergebnis gleichfalls für die Reparationen gebührt hätte. Schließlich sollte eine Kommission von Forstbeamten die Ausbeutung der Staatsforsten, die weiter in der Hand der Staatsbeamten bleiben sollte, kontrollieren, daß die Holzlieferungen in Zukunft im Einklang mit dem Versailleser Vertrag stattgefunden hätten. Es war mit einem Wort eine sehr praktische Abmachung, eine friedliche Zusammenarbeit (!) die wir mit unserem Einmarsch ins Ruhrgebiet in voller Aufrichtigkeit Deutschland angeboten haben.

Die deutsche Regierung hat sich aber im Gegensatz zu Paragraph 18 des Anhangs 2 so gestellt, als ob sie die Besetzung des Ruhrgebietes als selbständigen Akt betrachte. Sie hat sich dieses Vorwandes, der eine Unterminierung des Friedensvertrages bedeutet, bemächtigt, um sich den Verpflichtungen zu entziehen, die am einwandfreiesten feststehen. Sie hat alle Kohlen- und Kokslieferungen eingestellt, und begonnen, die Franzosen und Belgier als tatsächliche Feinde zu behandeln. Sie hat uns einen Widerstand entgegengebracht, den sie als passiv bezeichnet, der aber durchaus aktiv ist. Dieser Widerstand ist nicht von der Ruhrbevölkerung ausgegangen, noch weniger von der rheinischen Bevölkerung, er rührt vielmehr von gewissen Industriellen und von Berlin her. Auf ausdrückliche Anweisung von Berlin ist jede Zusammenarbeit mit den Belgieren, Franzosen und Italienern abgelehnt worden. Auf ausdrückliche Anweisung von Berlin ist worden sich die Grubenbesitzer und Metallindustriellen nicht zu Konferenzen mit unseren Kommissaren eingelassen, haben sie und die Tür ihrer Werke verschlossen. Auf ausdrückliche Anweisung von Berlin ist haben die Holz-, Telegraphen- und Telefonbeamten die Herstellung von Verbindungen für Franzosen und Belgier eingestellt, haben die Beförderung unserer Briefe und die Weitergabe unserer Telegramme verweigert. Auf ausdrücklichen Befehl von Berlin haben die Eisenbahner die Züge verlassen, die mit Verpflegung für unsere Truppen beladen waren, die Besetzungsbehörden daran gehindert, die Bahnhöfe zu betreten und die Beförderung von Kohle und Koks nach Frankreich und Belgien aufzuhalten. Die deutsche Regierung hat sich nicht darauf beschränkt, den Widerstand vorzuschreiben, sie ist noch weitergegangen, sie hat schwere Strafen gegen alle diejenigen ihrer Untertanen verhängt, die gegenüber uns guten Willen oder einfach Gleichgültigkeit zeigten. Sie hat Beamte abberufen, sie hat Privatleute eingekerkert und ihnen Strafen auferlegt. Außerdem haben sich Banden von Verbrechern gebildet, welche versuchten, durch Explosivstoffe die Eisenbahnen und Kanäle zu zerstören und Züge in die Luft zu sprengen. Als am 9. und 10. Mai gegen Schläger und Genossen verhandelt wurde, haben diese gehandelt, daß sie zu einem Wäro in Beziehung gehalten hätten, welches das Reichswehrministerium selbst in Gamm eingestrichelt habe. Es war sicherlich rechtmäßig, wenn die französische Regierung angesichts derartiger Taten die Einstellung des passiven Widerstandes als Bedingung betrachtet hat, welche jeder neuen Unterhaltung mit der deutschen Regierung vorangehen müsse. Dieser Widerstand steht nicht nur im Widerspruch mit den offensichtlichen Interessen Deutschlands, welchen er teuer zu stehen kommt, als wenn es sich freiwillig zur Ausführung seiner Verpflichtungen entschließen würde. Gegenwärtig hätten nur die Konkurrenten der Interessenten des Ruhrgebiets auf dem Gebiet der Kohlen- und metallurgischen Erzeugnisse hiervon Nutzen. Die französische Regierung wünschte, daß der passive Widerstand wieder ein Ende nehme. Wie die französische Regierung der englischen in ihrer Mitteilung vom 10. und 12. Juli angezeigt habe, würde die Ruhrbesetzung, sobald einmal der passive Widerstand aufgehört habe, eine Räumung erfordern. Sie würde bei fortschreitender Räumung nach Maßgabe der Zahlungen unter Bedingungen andauern, die von den jetzigen ganz verschieden sind. Wir würden die Zusammenarbeit mit den deutschen Organisationen wieder aufnehmen, und es würde eine beträchtliche Erleichterung in den Kosten der Bevölkerung die Folge davon sein. In diesem Punkte können wir uns nur auf die Dokumente 23 und 25 unseres letzten Weißbuches beziehen, die im einzelnen die Disposition anführen, die dann zur Ausbeutung des Pfandes im Einklang mit den deutschen Behörden getroffen werden wird. Es wäre überflüssig, auf diese Mittelungen zurückzukommen, die mehrere Seiten des Buchs umfassen. Erwinnern wir daran, daß es dann nicht notwendig sein würde, die Gruben und Eisenbahnen gegen Sabotage zu schützen, und daß dann die Truppen mit der Arbeiterbevölkerung nur die allermindesten Beziehungen haben würden.

Die Räumungsbedingungen.

Esens haben wir uns in unserem Dokument 25 über die Bedingungen ausgesprochen, unter denen nach Maßgabe und im Verhältnis der Zahlungen das Ruhrgebiet geräumt werden könnte. Wir wiederholen noch einmal, daß wir nicht den Wunsch haben, länger im Ruhrgebiet zu bleiben, als es notwendig sein wird, und daß wir keine politischen, amerikanischen Ziele haben. Wir wissen genau, daß Deutschland den uns schuldigen Betrag ziemlich schnell wieder bezahlen können, und daß infolgedessen Deutschland Herr darüber sein wird, die schrittweise Räumung zu erreichen. Der Zeitpunkt, zu dem die Zahlungen erfolgen werden, hängt vom Willen Deutschlands ab. Es genügt zu sagen, was Österreich geschafft hat, als es die notwendigen Anstrengungen machte, um zu sehen, was ein Land von der wirtschaftlichen Macht Deutschlands erreichen kann, wenn es die notwendigen Anstrengungen machen würde. Es ist nicht wahr, daß die französischen Ansprüche derart sind, daß sie Deutschland verachten und für lange Zeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands übersteigen. Seit vielen Monaten hat Frankreich nicht aufgehört, den Alliierten ein sehr einfaches Programm vorzuschlagen, welches sehr klar und bescheiden ist, sich im Rahmen des Zahlungssystems hält und in wenigen Worten ausgesprochen werden kann. Frankreich hat von seinen Alliierten verlangt, daß sie, wenn sie die Priorität für Reparationen ablehnten, ihnen doch wenigstens die 20 Milliarden Goldmark der Obligationen A. und B. weiter belassen, die aus dem in Spa festgelegten Prozentsatz herühren, und daß Frankreich an C. Obligationen den Betrag erhalte, der als interalliierte Schulden von Frankreich verlangt würde. Das Zahlungsdatum garantiert Frankreich mindestens diese beiden Ansprüche und die Obligationen C. könnten Frankreich sogar einen ergänzenden Spielraum lassen. Frankreich hat ungenügend Summen für Reparationen Deutschlands vorgeschrieben. Es kann weder seine Reparationsarbeiten unterbrechen noch sie auf unbestimmte Zeit auf eigene Kosten weiterführen. Andererseits hat Frankreich niemals die Bezahlung der Schulden verlangt, die es während des Krieges bei Amerika oder England im Interesse des gemeinsamen Widerstandes kontrahiert. Frankreich sei übrigens auch selbst Gläubiger anderer Alliierten, denen es während des Krieges etwa 5-6 Milliarden Goldmark vorgeschrieben habe. Diese Forderungen an interalliierte Schuldner entfallen in ihrer Gesamtheit den Waffensmaterial- und Munitionskäufen sowie der Lebensmittelversorgung der Armeen, die drückerlich Seite an Seite gekämpft hätten, und sie hätten in vollem Umfang Kriegskosten im eigentlichen Sinne, kollektive Kriegskosten, dargestellt.

Am 28. März 1916 hätten die in einer Konferenz vereinigten Vertreter der alliierten Regierungen beschlossen, auf wirtschaftlichem Gebiet die Solidarität ihrer Auffassung und Interessen in die Praxis umzusetzen und eine Wirtschaftskonferenz, die in Paris stattfinden sollte, einuberufen, damit betraut, die zur Verwirklichung dieser Solidarität geeigneten Maßnahmen vorzuschlagen. Diese Konferenz sei am 14. Juni 1916 in Paris unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eröffnet worden und habe unter dem Vorsitz des französischen Handelsministers Clement unter anderen Resolutionen auch die folgenden angenommen: Die Alliierten proklamieren ihre Solidarität im Interesse der Wiederherstellung derjenigen Länder, die Zerstörungen, Plünderungen und Mißbräuchen der Requisitionen zum Opfer gefallen sind, und beschließen, gemeinsam die Mittel ausfindig zu machen, ihre Rohstoffe, Industrien und wirtschaftlichen Betriebsmittel, ihren Wiederaufbau und ihre Handelswege wieder zu beschaffen oder ihnen zu ihrem Wiederaufbau beihilflich zu sein. Offensichtlich ist die Auffassung der Alliierten die gewesen, daß die Schulden, die sie untereinander als Kriegskosten kontrahiert hätten, nicht eingezogen werden könnten, bevor die Reparationen bezahlt werden. Zum gleichen Schluß führen Artikel 131 und 132 des Versailleser Friedensvertrages. Auf Grund dieser Artikel haben die siegreichen Nationen darauf verzichtet, Deutschland zum Ersatz des Verlustes und Schadens sowie ganz allgemein ihrer Kriegskosten zu zwingen, obwohl sie im Prinzip Anspruch darauf hätten. Sie haben sich damit abgefunden, von Deutschland nur zu verlangen, daß es die den Verlusten und Sachschäden zugefügten Schäden wiedergutmache, mit anderen Worten: die Personen und Sachgüter genießen nach Auffassung der Alliierten die Priorität gegenüber den Kriegskosten. Können danach die Alliierten diese Kriegskosten, die nach der von ihnen selbst getroffenen Anordnung hinter den Reparationen, hinter den Sanktionen und hinter den in den Verträgen aufgeführten Schäden rangieren, und deren Ersatz sie von Deutschland verlangen, normalerweise diesen Ersatz einer vom anderen verlangen, noch bevor Deutschland bezahlt hat? Mit anderen Worten: Können die Freunde schärfer behandelt werden, als die Feinde von gestern? Das erachten wir nicht für möglich. Wir erkennen unsere Schuld an. Wir denken nicht daran, sie unbezahlt zu lassen, aber wir müssen erklären, daß wir sie erst bezahlen können, nachdem wir erhalten haben, was uns Deutschland schuldet. Von Deutschland werden wir über unsere 26 Milliarden hinaus das verlangen, was von uns selbst gefordert werden wird. Je weniger man von uns verlangt, umso mehr wird Deutschland entlastet werden.

Zahlungsfähigkeit.

Dieses System, das wir übrigens niemals als unantastbar hingestellt haben und welches variiert werden kann, vorausgesetzt, daß das Prinzip beachtet wird, hat den Vorteil, daß es keine Revision des Friedensvertrages nach sich zieht. Ganz im Gegensatz dazu würden die englischen Vorschläge die Aufhebung mehrerer wesentlicher Bestimmungen der von den Alliierten unterzeichneten diplomatischen Akte zur Folge haben. In Ausführung dieser Verträge hat die Reparationskommission mit ihrem Schreiben vom 28. April 1921 den Gesamtbetrag der deutschen Verpflichtungen geregelt festgelegt. Auf diese Festlegung zurückzukommen, liegt kein Anlaß vor. Andererseits hat der Londoner Zahlungsplan eine beträchtliche Verringerung dieser Schulden zur Folge gehabt, da ja nach gewissen von der englischen Regierung übernommenen und, nebenbei bemerkt, kritischen Berechnungen der Gegenwart der deutsche Schuld durch den Beschluß vom 5. 5. 21 um die Hälfte herabgesetzt sein soll. Ohne uns diesen Schätzungen angeschlossen, beschänken wir uns auf die Bemerkung, daß es heute, wie in Vergangenheit und Zukunft, der Reparationskommission freisteht, den Artikel 234 zur Anwendung zu bringen, d. h. die deutsche Zahlungsfähigkeit zu prüfen oder durch ihre Sachverständigen prüfen zu lassen. Die Kommission kann im Anschluß an diese Prüfung und entsprechend dem Recht, das der Friedensvertrag ihr übertragen hat, die vorgesehene Zahlungsmodalitäten ändern und die vorgesehene Zahlungsmodalitäten ändern. Der Friedensvertrag hat in der Tat der Repto sämtliche Vollmachten erteilt, die der von der englischen Regierung und Deutschland ratifizierten Sachverständigen-

bigenkommission verliehen werden können. § 12 des Anhangs 2 bestimmt, daß die Kommission sämtliche Vollmachten besitzt und sämtliche Kompetenzen ausüben wird, die ihr durch den gegenwärtigen Vertrag übertragen werden, daß sie ganz allgemein die ausgedehnten Kontroll- und Exekutivbefugnisse hinsichtlich der Reparationsfrage haben wird, daß sie von Zeit zu Zeit die deutsche Zahlungsfähigkeit abschätzen und zu gleicher Zeit das deutsche Steuerwesen prüfen soll. § 9 bestimmt, daß sie von Zeit zu Zeit, wenn die deutsche Regierung es verlangt, sämtliche von Seiten Deutschlands vorgelegten Beweismittel und Begründungen und sämtliche mit der deutschen Zahlungsfähigkeit im Zusammenhang stehende Fragen anzuhören hat. § 10 fügt hinzu, daß der deutschen Regierung Gelegenheit gegeben werden muß, gehört zu werden. Dazu bemerken wir noch, daß die Repto durch seine Gesetzgebung, durch seine Rechtsordnung und durch seine besonderen Regeln gebunden ist und daß sie sich von der Gerechtigkeit, Billigkeit und bona fides leiten lassen soll (§ 11).

Die französische Note.

Nicht ein Gegner Frankreichs, sondern einer seiner tapfersten und ergebensten Bewunderer, der scheidende schwedische Außenminister Benckise, hat jüngst von Poincaré als von einem Raune gebrochen, der unwandelbar starr auf dem Standpunkte von 1919 stehen geblieben sei und nichts gelernt und nichts vergessen habe. Als dieser Mann erweist sich Poincaré auch in seiner Antwortnote an England, die eigentlich ein Buch von fünfzig Seiten ist und unendlich viel Worte macht, um stets zurückzukommen auf das erste Wort: Deutschland muß vernichtet werden. Poincaré will und wollte stets nur Verschleppung der Verhandlungen, nicht ihren Abbruch, weil er im Verlaufe dieser Verschleppung den Zusammenbruch Deutschlands erwartet, nachdem er dann, das offene Wort sprechend will, das der „Temp“ für die nächste Zeit angekündigt hat. Deshalb kommt er England anheimelt in der Sache und in der Form entgegen, um England, das ebenfalls vor einem Bruch zurücksteht, die Möglichkeit zur weiteren Verhandlung zu geben. Prompt sieht denn auch die frankophile Presse Englands, an ihrer Spitze die „Daily Mail“, mit der Behauptung ein, daß nunmehr der Weg zu einer Verständigung gebahnt sei und daß England sich in dem Widerstande gegen Frankreichs Eroberungspläne noch passiver verhalten möchte als Deutschland selbst, da man doch nicht die Macht habe, die Franzosen aus dem Ruhr- und Rheingebiete zu entfernen. Mit einem Advokatenspiße, der Poincaré würdig ist, wird England sodann noch der Räder zugeworfen, daß die 710 Millionen Pfd. Sterling gleich 14,2 Milliarden Goldmark, die es in seiner letzten Note als seine Forderung an Deutschland und die Alliierten zusammen forderte, nach dem französischen Plane von Deutschland allein bezahlt werden müßten. In Wirklichkeit kommt Poincaré den englischen Forderungen und Anforderungen in keinem einzigen entscheidenden Punkte entgegen. Er besänftigt sich als gewandter Advokat, sie aus der Welt hinauszureden. Er unternimmt es, die englisch-amerikanische Anschauung, daß die Ruhrbesetzung rechtswidrig sei, als völlig unbegründet darzustellen und er weist den englisch-amerikanischen Vorschlag der Einberufung einer Sachverständigenkonferenz, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, weit von sich, da die unter französischem Diktat stehende Reparationskommission, die bekanntlich der italienische Ministerpräsident Witt eine Schande Europas genannt hat, ihre Aufgaben vollkommen erfüllt. Die Forderung der deutschen Reparationsschuld auf 50 Milliarden Goldmark zuzüglich der von Frankreich an die Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge ist von Poincaré nicht ernsthaft gemeint. Er weiß genau, daß das erschöpfte und durch die französische Nachkriegspolitik ruinierte Deutschland diese Summe in einem Menschenalter nicht aufzubringen vermöchte, erhöht aber die Unmöglichkeit noch durch die geplanten Kaufkraftänderungen und die Beschlagnahme des Hauptteiles des deutschen Vertriebes.

Die Poincaré schon vor Jahresfrist den Hauptvertretern der Pariser Presse offen erklärt hat, komme für ihn alles darauf an, den Vertrag von Versailles zu retten. Dieser Vertrag sei aber nur zu retten, wenn es Deutschland unmöglich gemacht werde, ihn einzuhalten. Sein Ziel sei die dauernde Besetzung des linken Rheinuferes und die Bevölkerung friedlich, wenn auch mit der Waffe in der Hand, zu erobern. Dieses Programm umschreibt Poincaré, wenn auch mit vielen derbällenden Worten, ganz deutlich auch in seiner Note gegen England. Er will weder aus dem Rheinland noch aus dem Ruhrgebiet die französische Besetzung entfernen, will aber die Schuld für das Verbleiben der französischen Besetzung Deutschland zuschieben, indem er es nach der bisherigen Methode immer wieder zahlungsunfähig und damit zum angeblichen Verleher des Vertrages macht. Die Verhandlung der heutigen Schiedsberrichter einer nur auf Wänderung und Gewalttat bedachten Soldateska gehehe auch nicht im deutschen, sondern im französischen Interesse.

Poincaré hat eingesehen, daß sich mit den Palametten keine Kohlen gewinnen lassen. Er versucht es daher mit Verträgen und dem heimlichen Druck. Zugleich soll die Bevölkerung, deren Haß gegen Frankreich heute durch die unerhörten Leiden und Bedrückungen ausgewühlt ist, beruhigt und sanft an das französische Joch gewöhnt werden. Endlich gebe das Verbleiben der unheilbaren Besetzung zusammen mit den unheimlich angeschwollenen Kontrollkommissionen, deren ungeheuerliche Kosten natürlich Deutschland tragen muß, Poincaré abermals die Handhabe, Deutschland an der Zahlung der Reparationen zu verhindern, da selbst ein blühendes Land nicht Reparations- und Besatzungskosten zu gleicher Zeit aufzubringen vermöchte.

Poincarés Note zeigt von Neuem, wie weit Frankreich noch von der Absicht einer halbwegs gerechten und erträglichen Verständigung entfernt ist und wie sehr daher jene radikalen Schreier und Lächer geredet haben, die eine direkte Verständigung mit Frankreich als die einfachste Sache der Welt den Volksversammlungen vorpredigten und in einer völligen Abkehr von England das Heil deutscher Politik erblickt. Wir müssen, daß wir von England nicht allzuviel zu erwarten haben und daß die einzig mögliche Lösung der Ruhrkrise in einer Auseinandersetzung mit Frankreich zu suchen ist. Aber wir dürfen, um dieses Ziel zu erreichen, weder einseitig französische noch einseitig englische Politik zu treiben versuchen, sondern die deutsche Politik der Selbstbehauptung.

Poincaré hat Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht. Aber auch ganz Europa lagert nicht weit von diesem Gebiet. Wenn England und die mit ihm abschließenden Nationen nicht Deutschland, son-

gern aus Europa vor einer unheilvollen Katastrophe be-
wahren wollen, dann müssen sie endlich der Boicard-
schen Verschleppungspolitik, deren letztes Ziel die Vernich-
tung ist, entgegenzutreten und die von Boicard heraufbe-
schworene Kriegs- und Revolutionsgefahr möglichst rasch
in einer Weise zu lösen suchen, die Deutschland als selb-
ständiger Staat zu leben gestattet und Europa vor neuen
Revolutionsbränden und Kriegswirren bewahrt.

Die Aussprache des Kanzlers mit der Industrie.

Unter dem Vorhinein des Reichskanzlers und im Beisein
des Reichsfinanzministers, sowie des Reichswirtschafts-
ministers fand gestern nachmittag eine eingehende Aus-
sprache mit den Vertretern der Industrie über die be-
vorstehende Notverordnung des Reichspräsidenten statt.
Der Reichskanzler leitete einleitend die Notwendigkeit dar,
mit größter Beschleunigung einen Devisenfonds zu
schaffen zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse und
zur Stärkung unserer Währung. Nach ausführlichen Dar-
legungen des Reichsfinanzministers über die finanzielle Lage
erkannten die anwesenden Vertreter der Industrie in vollem
Maße die Notwendigkeit der beschlossenen Maßnahmen an
und erklärten ihre Zustimmung zu beschleunigtem gesetz-
geberischen Vorgehen und schärfsten Strafmaßnahmen gegen
Zwangsüberhandlungen und Umgehungen der Verordnung. Die
Aussprache ergab weiterhin die Notwendigkeit, beschleunigte
Maßnahmen zu treffen, die zu einer Steigerung der Ausfuhr
Hilfen sollen.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Nach den gestrigen Verhandlungen mit den Industriellen
empfangen der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und
der Reichswirtschaftsminister die Parteiführer. Der Reichs-
kanzler und der Reichsfinanzminister schilderten die gegen-
wärtige politische Situation, insbesondere die traurige
Situationalage des Reiches. Die Regierung werde gegebenen-
falls vor diktatorischen Mitteln, die zur Rettung Deutsch-
lands dienen könnten, nicht zurückweichen. Die Ablieferung
der Devisen sei jetzt dringender erforderlich. Jeder Ver-
mögensverlust müsse gegen Goldanleihe Devisen
abdecken. Es werde eine eidesstattliche Versicherung
über die Höhe der Devisenbestände abgefordert werden
müssen, die in Zweifelsfällen durch den Eid ersetzt werden
soll. Für falsche Angaben oder Unterlassung von Angaben seien
die für Weisheit geltenden Strafen in Aussicht genommen
und außerdem die Konfiskation des Vermögens. Die Ver-
ordnung über die Devisenabgabe werde in kürzester Frist
veröffentlicht werden. — Die Parteiführer billigten die
Maßnahmen der Regierung im vollen Umfange.

Empfang des Schulkartells für notleidenden Kulturland Deutsch- land beim Kanzler.

Im Reichskanzlerpalais empfing am Mittwoch nach-
mittag der Reichskanzler einen Ausschuss des neugegrün-
deten Schulkartells für die notleidenden Kulturländer
Deutschlands. Nach Vorstellung der Mitglieder sprach
der Präsident des Schulkartells, Reichstagsabg. Overling,
über Zweck und Ziele des Schulkartells, der durch
verschiedene Verhältnisse auf wirtschaftlichem, politischem
und geistlichem Gebiete gebildet sei, der vor allem der
Verbreitung des deutschen Mittelstandes entgegenwirken
wolle. Der Reichskanzler Dr. Stresemann dankte dem
Redner und wies auf den Verlust unserer Kulturländer hin,
zu deren Erleben wir bedeutend mehr Zeit brauchen,
als zum Aufbau von Ruinen. Dieser Verlust sei für uns
völlig untragbar aus verschiedenen Gründen. Nur wenn
wir geistig mehr leisten als andere, werden wir einbringen
können, was der verlorenen Kultur und unserem Land
nützt. Wir haben wir an uns selbst sehr viel verloren, weil
die Menschen, die zu uns kommen, die Empfindung haben,
dass wir nicht einmal unser Unglück richtig erkennen können
und in einem klaren Ueberblick unsere Verhältnisse anschauen.
Wenn Ihr Ausschuss darauf hinwirkt, dass man in dieser
Zeit helfen deutschen Niederganges der künftigen Frei-
heit der Nation gerecht wird und man sich wieder der
Bedeutung des Geistigen bewusst wird, dann werden Sie
die Grundfragen zu einem deutschen Wiederaufbau legen.
Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen Glück zu Ihrem
Werk und Sie können überzeugt sein, dass die Reichs-
regierung Ihnen dabei stets zur Seite stehen wird.

Die Frage der wertbeständigen Löhne.

Gestern fand zwischen den Vertretern der Arbeitgeber-
verbände und den Gewerkschaften erneut eine Besprechung
über die Frage statt, ob sich eine brauchbare Methode über
die Wertbeständigmachung der Entlohnungen der Arbeiter
und der Angestellten finden lässt. Dabei wurden von den
Vertretern der Gewerkschaften Vorschläge nach der Richtung
gemacht, dass das Einkommen den Angestellten, sowie es
sich am Ende eines Monats ergab, auf den folgenden
Monat weiter gezahlt und dazu ein Zuschlag gezahlt wird,
der sich aus dem Anwachsen der Kursziffern errechnen ließe.
Die von beiden Seiten gemachten Vorschläge werden von
den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften geprüft
und in einer Konferenz zur Besprechung gelangen.

Kreditmittel des Reiches an die Länder.

In Verfolg der Besprechungen der kommunalen Spitzen-
verbände beim Reichsfinanzministerium sind bereits Kredit-
mittel vom Reich an die Länder, welche eine Anfrage
gestellt haben, zur Verfügung gestellt worden, so insbe-
sondere an Preußen. Die Auszahlung soll dezentralisiert
durch die Regierungspräsidenten erfolgen und so beschleunigt
werden, dass die Gemeinden in die Lage versetzt werden, die
in dieser Woche fälligen Gehalts- und Lohnzahlungen ent-
sprechend den vom Reich festgesetzten Steuerungsklassen
auszahlen.

Beschleunigte Ueberweisung

von Einkommen- und Körperschaftssteueranteilen an die sächsischen Gemeinden.

Von der Geschäftsstelle des Sächsischen Gemeindegates
geht uns folgende Mitteilung zu: Die rische, in diesem
Ausmaße noch nie dagewesene Geldwertverminderung der aller-
neuesten Zeit hat die Gesamtheit der sächsischen Gemeinden
in eine außergewöhnliche Notlage versetzt. Während § 57
Absatz 1 des neuen Finanzausgleichsgesetzes die Anteile der
Länder an den Einkommen- und der Körperschaftssteuer mit
1/2 des Einkommens eines jeden Monats erbt mit dem Ab-
laufe des folgenden Monats fällig werden und durch die
Weiterverteilung an die Gemeinden durch das sächsische
Finanzministerium naturgemäß wiederum fortbare Zeit ver-
loren geht, wird von den Gemeinden die laufende Deckung
der von Tag zu Tag sprunghaft anwachsenden Ausgaben an
Beamten und Köhnen ihrer Beamten, Angestellten und
Arbeiter, für die Sozial-, Kleinrentner- und Gewerkschaften-
unterstützungen und für alle sonstigen sächsischen Ausgaben
erfordert. Die Gemeinden sind durch diese Verhältnisse
in eine unbeschreibliche finanzielle Notlage geraten. Der
Sächsische Gemeindegat hat diese Tatsache der Regierung
bekannt gegeben. Das sächsische Finanzministerium hat
daraufhin dankenswerterweise das Reichsfinanzministerium
in der dringlichsten Form ersucht, sofort eine große Ab-

schleppung auf die Anteile an der Einkommen- und
Körperschaftssteuer aus dem Einkommen im Monat August
zu leisten, um wenigstens der dringendsten Not zu steuern.
Es ist ersucht worden, diese Abschlagszahlung wenigstens
Ende dieses Monats oder doch spätestens in den ersten
Tagen des September zu leisten. Diese dringenden Vor-
stellungen sind von Herrn Reichsfinanzminister Dr. Stresemann
Dr. Müller-Dresden persönlich im Reichsfinanz-
ministerium auf das nachdrücklichste unterstützt worden. Der
Sächsische Gemeindegat hat das sächsische Finanzministerium
weiter gebeten, den Gemeinden durch seine Dringensent-
scheidung, wenn auch nur schätzungsweise, mitzutheilen, mit
welchen Anteilen an den beiden Steuerarten sie in der
nächsten Zeit zu rechnen haben werden. Da im Ministerium
jedoch der Anteil Sachsens am Steuermarkenerlös des
Monats Juli noch nicht bekannt ist, hierzu aber die Höhe
des Anteils der Gemeinden bei der nächsten (27.) vorläufigen
Einkommensteuerverteilung, mit der eine neue Körperschafts-
steuerstellung verbunden ist, mit abhingt, vermag das
Finanzministerium diese Frage zurzeit noch nicht zu beant-
worten. Voraussichtlich werden jedoch resp. Städte und auch
ein Teil der übrigen Gemeinden sämtlich noch Ende dieses
Monats in den Besitz ihres Anteils am Juli-Einkommen der
beiden Steuerarten gelangen. In welchem Umfange die
Gemeinden in späterer Zeit mit Ueberweisungen aus der
Einkommensteuer rechnen können, entzieht sich naturgemäß
jedem Kenntnis des Ministeriums, da dies von der
Höhe des Einkommensteuereinkommens im laufenden und
in den nächsten Monaten abhängt und das Finanzministerium
dieses Einkommen mangels jeglicher Unterlagen nicht ein-
mal schätzungsweise irgendwo zu beurteilen vermag.

Reichsverkehrsminister Oser an die Eisenbahner des besetzten Gebietes.

Der Reichsverkehrsminister Oser richtete folgenden Auf-
ruf an die Eisenbahner des besetzten Gebietes: Bei meinem
Antritt denke ich in erster Linie an unsere wackeren
Streiter an Rhein und Ruhr. Dankbar denke ich der un-
erschütterlichen Haltung des Reichsbahnpersonals, das in
vorderster Front unseres Abwehrkampfes stehend, die schwersten
Opfer für unsere gerechte Sache bringt. Ich weiß, was es
bedeutet: 18000 Bedienstete jeden Grades von Haus und Hof
verdrängen. Ich weiß die besondere Schwere des Opfers zu
würdigen, das von 50000 Familienangehörigen, von ihren
tapferen Frauen und Kindern, verlangt worden ist. Auch
ihnen gilt mein Gruß und mein Dank, den ich durch Hilfe
und Fürsorge, soweit es in meinen Kräften liegt, abzustatten
bestrebt sein werde. Ich hoffe, daß die Zeit nicht fern, wo
jeder verdrängte Deutsche von Rhein und Ruhr der
Freiheit und der Heimat wiedergegeben wird. Bis dahin
gilt es, sich mit allen Kräften weiter zu wehren gegen die
Zerschlagung des Reiches und der Reichsbahn. In fester
Gemeinschaft liegt der Erfolg.

Empfang der Eisenbahnervertreter.

Gestern empfing der Reichsverkehrsminister Oser die
Vertreter der Spitzenorganisationen und die Verbandsver-
treter der Reichsverkehrsverwaltung. Es wurde ein-
mütig zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsverkehrsver-
waltung die Hauptlasten der Durchführung des Abwehr-
kampfes, bei dem es sich um einen Kampf des Volkes und
nicht einen Kampf der Regierung handelt, zu tragen hat.
Minister Oser brachte den Vertretern seinen Dank zum
Ausdruck und fügte hinzu, daß er sich der Vertriebenen an-
nehmen werde.

Aus dem besetzten Gebiet.

Geldraub an Privatpersonen.

General Denzignies hatte bekanntlich in einem Schreiben
an den Oberbürgermeister in Düsseldorf mitgeteilt, daß die
Besetzung bis auf weiteres fortzuführen werde, deutsche Gelder
zu beschlagnahmen, wo sie sie finde. Die Franzosen scheinen
die Drohung in ihrem ganzen Ausmaß wahrzumachen, gehen
sie doch neuerdings dazu über, auch Privatpersonen auf der
Straße Geld abzunehmen. So ist ein Fall bekannt gewor-
den, in dem einem Kaufmann 1,3 Milliarden Mark, die
zum Kauf von Schafen bestimmt waren, weggenommen
wurden. Ferner hätte eine Dame 500 Millionen Mark
Folgebilder, die sie bei sich trug, durch den Zugriff von An-
gehörigen der Besatzungsgruppen ein.

Die Franzosen nahmen in Essen Personentransportwagen
sowie Herde und Möbel fort, insbesondere Möbel aus den
Wohnungen ausgewiesener höherer Staatsbeamten. Auch
in Bochum und in Gelsenkirchen nahmen sie Möbel fort, in
Bochum u. a. 18 Schlafzimmereinrichtungen.

14 angelegene Bürger ausgewiesen.

Wie verlautet, haben 14 angelegene Bürger der Stadt
Düsseldorf den Ausweisungsbefehl erhalten. Unter ihnen
befinden sich der über 75 Jahre alte Generalsekretär der nord-
westlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-
industrieller und des Vereins zur Wahrung der gemein-
schaftlichen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland-West-
falen, Dr. Weimer und drei seiner Mitarbeiter namens
Heinrich, Buchmann und Dr. Jentzsch. Begründet wird
der Befehl mit der Besetzung des Rheinlands und der Si-
cherheit der Besatzungsarmee, doch soll der wahre Grund
darin liegen, gute Wohnungen für die französischen Offiziere
zu erhalten. Sollte der Ausweisungsbefehl gegen Dr. Weimer
aufrechterhalten werden, so würde dies den Versicherun-
gen des Generals, daß über 60 Jahre alte Personen nicht
ausgewiesen werden sollen, widersprechen. Zu der Angele-
genheit der Ausweisung der 14 Bürger verlautet weiter, daß
General Denzignies auf eine Anfrage hin übermäßig er-
klärt habe, daß er von der Ausweisung nichts wisse. Dem-
nach scheinen mehrere Gewalten bei der Besetzungsbehörde
durcheinander zu regieren.

Eine neue Verjüngung Dege.

Nach einer Voranmeldung aus Düsseldorf hat General
Dege eine Verfügung erlassen, durch die in allen Grup-
pen, die bisher keine Kohlensteuer bezahlten, oder keine Beset-
zung geleistet haben, Holz und seine Nebenprodukte zu
Gunszen der alliierten Mächte gesperrt werden. Jeder Ein-
griff in die so gesperrten Bestände wird mit einer Geld-
strafe in doppelter Höhe des Wertes des genommenen Koh-
les oder mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren geahndet.
Bedeutende Militärtransporte auf der Strecke Düsseldorf-
Essen.

Die von der französischen Eisenbahnregie betriebenen
Eisenbahnen sind zurzeit stark mit Militärtransporten belegt,
besonders auf der Strecke Düsseldorf-Essen fahren die Mil-
itärtransportzüge in dichter Folge. Die infolge des Fehlens
der Gaszufuhr von den besetzten Zonen in den Städten
herrschende Dunkelheit begünstigt die Zunahme der Ver-
brechen, namentlich der Raubüberfälle.

Abkauen des Streifens in Essen.

Auf einer gestern abgehaltenen Besprechung wurde
beschlossen, den Besatzungsbehörden, einzu-
sacken und soweit es ihre Kräfte zuließe, die Arbeit zu
verrichten. Daraufhin sind auf der „Südsee“ die
Besatzungsmitglieder wieder eingelassen und trotz der verhängten
Sperrung zugelassen worden. Die Arbeitstagelöhner haben
die Arbeit ebenfalls aufgenommen, jedoch sich in den nächsten
Tagen eine erhebliche Rohlenförderung einstellen wird. Die
kommunistische Organe, die sich auf der „Südsee“ be-
finden, bemerken, daß es abgesehen von der Besatzung
der „Südsee“ am 22. August vollständig ein-
gebrochen ist.

lassen und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Auf
allen Seitenanlagen des Kohlers beruht wieder die ge-
wöhnliche Ruhe. Ausbreitungen sind nicht vorgekommen.

Der französische Arbeiterbund gegen die Ruhrbesetzung.

Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterbundes
beschäftigte sich gestern mit der internationalen Lage und
beschloß die Veröffentlichung einer Erklärung, in der es
heißt: Angesichts des Grades der internationalen Lage
widerholt der Verwaltungsausschuss seinen Protest gegen
die Haltung blinder Völker, die seit vier Jahren bemüht
die elementarsten Bedingungen mitschneiden, die für Wieder-
herstellung des Friedens und zum wirtschaftlichen und
moralischen Wiederaufbau Europas unumgänglich not-
wendig sind. Der Ausschuss erinnert daran, daß der
Allgemeine Arbeiterbund trotz aller gegen seine An-
forderungen verhängten Widerstände alsbald nach Be-
endigung der Feindseligkeiten im Einklang mit der
Arbeiterinternationalen in Zusammenarbeit mit den
deutschen Arbeiterorganisationen einen Reparationsplan
ausgearbeitet hat, der die Ruinen zum Verschwinden
gebracht und das Werk der Völkerveröhnung und der
Sicherheit gefördert hätte. Die militärische Besetzung des
Ruhrgebietes wird von dem Ausschuss selbst als ein
schwerer Verstoß bezeichnet, der schädlich für die Repara-
tionen und ein unversöhnlicher Fehler im Hinblick auf
die Bewahrung des Friedens zwischen den Völkern sei.
Der Ausschuss versichert die deutschen Arbeiter seiner
Solidarität.

Tagegeschichte.

Deutsches Reich.

Gegen Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe. Der
Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat gemeinsam mit
dem Flakbund ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet,
in welchem auf die von den Unternehmern eingeleitete Be-
wegung zur Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe
hingewiesen wird, deren Auswirkungen sich in einer kata-
strophalen Woll- und Baumwollknappheit und Durchbrechung der
steuerpolitischen Maßnahmen des Reiches zeigen werde,
wenn die Reichsregierung nicht sofort mit aller Schärfe ein-
greife.

Jugenderlassung der Ernte in Bayern. Ein Ministerrat
hat beschlossen, die Ernte für 1923 zu erfassen und die Be-
zahlung sicherzustellen, ferner erhebliche strengere Vorschriften
für die Zulassung zum Handel und die Sicherung der Be-
weismittelherzeugung für den Inlandsbedarf zu erlassen.

Zur Ernährungsfrage in Bayern. Der Ministerrat ist
gestern vormittag zu Beratungen mit den Führern der So-
zialdemokratischen Parteien zusammengetreten. Die Beratungen be-
trugten sich zunächst mit der Ernährungsfrage. Es wurden Be-
schlüsse gefaßt, die eine Erhaltung der Vorräte der Ernte 1923
und die Sicherstellung der Ernte für den Winter 1923 be-
zwecken. Befordert wurden auch strengere Vorschriften über
die Zulassung zum Handel und die Sicherung der Lebensmittel-
herzeugung für den Verbrauch im Inlande. Nach Ab-
schluß der Beratungen soll ein offizieller Bericht veröffent-
licht werden.

Die Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne. Die
gestern im Reichsarbeitsministerium über die Bergarbeiter-
löhne gehaltenen Verhandlungen haben, wie die Telegraphen-
Union erfährt, noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Ver-
handlungen werden heute fortgesetzt werden.

Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde. Die
bereits mitgeteilte, tritt am 30. August der Völkerbundrat
unter dem Vorsitz von Japan in Genf zusammen. Unter an-
derem steht auf der Tagesordnung auch die Zulassung Deutsch-
lands zum Völkerbunde, für die insbesondere Lord Robert
Geith und Smets aus der Erwägung heraus eintreten wer-
den, daß dann der Völkerbund eher in der Lage sein werde,
eine wirksame Lösung des Reparations- und des Ruhrpro-
blems und der gesamten wirtschaftlichen Lage Europas ein-
zusetzen.

Die Notlage der Berliner Strassenbahn. Angesichts der
ungeheuren Fehlbeträge der Strassenbahn hat der Magistrat
beschlossen, die Strassenbahn in ihrem jetzigen Betrieb still-
zulegen und dem gesamten Personal zum nächst zulässigen
Termin zu kündigen. Es wird jedoch alles vorbereitet, um
den Betrieb in dem möglichen Umfange wieder aufzunehmen.
Es ist die Bildung einer rein händischen Betriebsgesellschaft
vorgesehen.

Zusammenstoß zwischen Diller-Lenten und Schupo in
München. Im Anschluß an die national-sozialistische Kund-
gebung, die am Dienstag im Circus Arone stattfand, kam es
an zwei Stellen der Stadt zu heftigen Zusammenstößen mit
der Polizei. Einmal rief eine Abteilung Schupo, die mit
Kaufkraftwagen hergebracht worden war, mit den Diller-
Lenten zusammen. Es wurde versucht, den Zug aufzulösen.
Auf dem Marktplatz stellte sich ebenfalls eine Abteilung Po-
lizei einem anderen Zuge entgegen. Später marschierte eine
größere Abteilung mit Fahnen der Nationalsozialisten und
anderen Zeichen durch die innere Stadt.

Größenwahn der Separatisten. Die Separatisten
beginnen jetzt auch im eigentlichen Ruhrgebiet mit ihrer
Agitation. In Mülheim-Ruhr fand eine vorbereitende Be-
sprechung im kleineren Kreise statt, wobei erklärt wurde,
über die baldige Ausrufung der rheinischen Republik könne
kein Zweifel bestehen, und zwar werde sie ohne vorherige
Abstimmung erfolgen. Außer Rheinland und Westfalen
werde ein Teil Elsaß-Lothringens, Baden und Ostpreu-
ßen dem neu zu bildenden Staat einverleibt werden.
Auch in der großen Eisenbahnwerkstätte Werdau verlusten
die Sonderbündler Woban zu gewinnen, wurden aber von
der übergroßen Mehrzahl der Arbeiterkassen zurückgewiesen.

Republik Österreich.

Verhandlungen Caglianoni mit italienischen Finanz-
leuten. Der bekannte österreichische Finanzmann Caglianoni
hat mit führenden italienischen Finanzleuten längere Be-
sprechungen gehabt, den man in informierten Kreisen außer-
ordentliche Bedeutung zumißt.

Tschechoslowakei.

Der tschechische Bergarbeiterstreik. Im Bergarbeiter-
streik ist bis jetzt keine Verringerung eingetreten. Die Ver-
handlungen zwischen Bergarbeitern und den Grubenbesitzern
werden fortgesetzt. Bis jetzt ist aber kein positives Resultat
erzielt worden. Es wurde erklärt, Kohlenvorräte sind reich-
lich eingetroffen, zu Beschlagnahmen sei kein Anlaß. Die
Kohlenverlieferung der Bevölkerung und der Industrie sei
auf lange Zeit sichergestellt.

Ungarn.

Verringerung des Ausfuhrzolls für Weizen. Um der
Landbevölkerung des Landes die Möglichkeit zu geben, in
erhöhtem Maße die Vorteile von ihrer Produktion zu ge-
nießen, hat der Ministerrat eine Verringerung des Ausfuhr-
zolls für Weizen von einem Deka 6 Centimes auf 40 Cen-
times für das Kilogramm und in gleicher Weise die Herab-
setzung des Ausfuhrzolls für Weizen von einem Deka 70 Centimes
auf 36 Centimes für das Hilo festgesetzt.

Frankreich.

Bekämpfung wegen Rohlenhandel. Wie die Morgen-
blätter melden, wurden sechs Franzosen, darunter ein Deut-
sches und zwei Verwaltungsverwalter, mit Gefängnisstrafen
von 6 Monaten bis zu 3 Jahren verurteilt, weil sie seit
dem Abbruch aus einem Rohlenhandel nach Warschau
betrieben hatten.